



AUS UNSERER ARBEIT 2018

Kirchliche Verantwortung für gesellschaftlichen Wandel



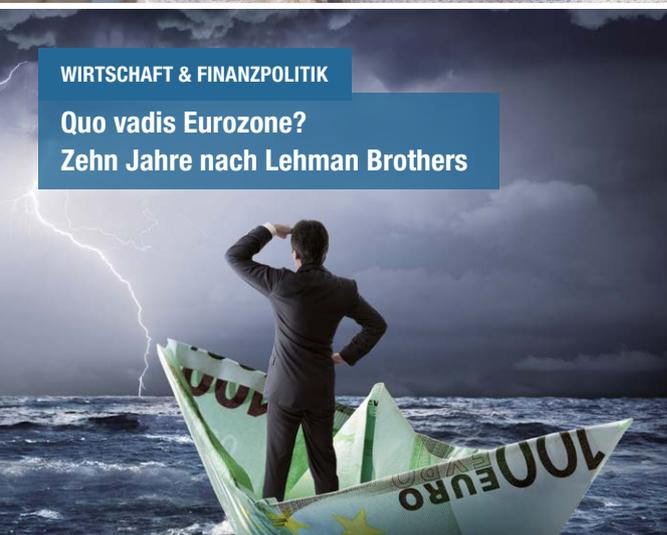
ARBEIT & SOZIALES

Armut im Alter ...
ist weiblich



LÄNDLICHER RAUM

Wetterextreme:
Auswirkungen des Klimawandels
auf die Landwirtschaft



WIRTSCHAFT & FINANZPOLITIK

Quo vadis Eurozone?
Zehn Jahre nach Lehman Brothers



UMWELT & DIGITALE WELT

Mobilität im ländlichen Raum



PROJEKT „DEMOKRATIE STÄRKEN“

Wie stärkt Kirche Demokratie?



JUGENDPOLITISCHE BILDUNG

Ein Herz für Whistleblower?
Escape-Adventure-Game
für die Jugendarbeit

Inhalt

VORWORT

3

WIRTSCHAFT & FINANZPOLITIK

Dr. Jennifer Achten-Gozdowski

Quo vadis Eurozone?

Zehn Jahre nach Lehman Brothers

4

Pfarrer Dr. Ralf Stroh

Was trägt Geselligkeit zum Gemeinwohl bei?

Über den Beitrag des Sonntagsschutzes

für die Freiheit der Gesellschaft

6

ARBEIT & SOZIALES

Marion Schick

Lasst uns streiten!

Gesellschaftliches Zusammenleben braucht

lebendige Auseinandersetzung

9

Heike Mieke

Armut im Alter ... ist weiblich

11

UMWELT & DIGITALE WELT

Pfarrer Dr. Hubert Meisinger

Mobilität im ländlichen Raum

14

Kathrin Saudhof, Sabine Allmenröder

Nachhaltiger Einkauf leichtgemacht:

Neue Angebote für Kirchengemeinden

und kirchliche Einrichtungen

16

Michael Grunewald

Ich hab doch nichts zu verbergen! Oder doch?

Datenschutz und Datenschutzgrundverordnung

18

LÄNDLICHER RAUM

Dr. Maren Heincke

Wetterextreme:

Auswirkungen des Klimawandels auf die Landwirtschaft

20

Dr. Maren Heincke

Ländliche Entwicklung:

die Kraft des guten Beispiels

22

JUGENDPOLITISCHE BILDUNG

Annika Gramoll

„Ein Herz für Whistleblower?“

Escape-Adventure-Game für die Jugendarbeit

24

DEMOKRATIE STÄRKEN

Matthias Blöser

Wie stärkt Kirche Demokratie?

Erfahrungen aus dem ersten Projektjahr

26

AUS DER REGION

Gisela Apitzsch

Gegen den Wegwerfwahn.

Das Repair Café Mainz feiert sein fünfjähriges Bestehen

28

Doris Wirkner

Mehr als Schäfchen zählen! Wie Kirche und Regional-

entwicklung erfolgreich an einem Strang ziehen

29

Pfarrerinnen Ellen Simon

Sich nachhaltig kleiden macht Spaß:

zum Beispiel bei einer Kleidertauschparty

30

Pfarrerinnen Anette Bill

Wie Bilder das Positive verstärken: Video-Interaktions-

Begleitung in der Jugendwerkstatt Gießen

31

Sabine Ihrig

Deine Chance – Integration durch Bildung:

Unterstützung zum Einstieg in den Arbeitsmarkt

32

Elke Lentz

Durch Arbeitsaufnahme in ein „normales“ Leben:

Das Bewerber-Café im Dekanat Kronberg

33

Pfarrerinnen Katharina Stähler

Woche der Nachhaltigkeit 2018

34

STREIFLICHTER

36

PERSONALIEN

41

ADRESSEN

42

IMPRESSUM

43

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

laut Selbstauskunft des Mikroblogging-Dienstes Twitter waren 2018 die Anti-Rassismus-Hashtags #wirsindmehr, #ReconquistaInternet, #EsReicht und #Unteilbar vieldiskutierte Debattenhashtags unter deutschen Twitter-Nutzern. Auch dieser statistische Hinweis zeigt erfreulicherweise, dass wachsender Rechtspopulismus und -extremismus in Deutschland nicht unwidersprochen bleibt. Das ist gut so! Auch wir haben uns in sozialetischer Verantwortung im letzten Jahr an dieser Debatte beteiligt – getragen von der Überzeugung, dass demokratiefeindlicher Populismus und Extremismus nicht mit christlichen Überzeugungen vereinbar sind (s. auch S. 26).

Aber auch andere Themen, die schon längere Zeit wirksam sind, haben uns auf vielfältige Weise beschäftigt, so z. B. die Zukunft des Sozialstaates, die Transformation des Ländlichen Raums oder die Digitalisierung in der Arbeitswelt (siehe auch S. 9, 11, 22, 38). Dieses Engagement lebt von der Einsicht, dass christlicher Glaube, christliches Leben nicht nur auf das Private begrenzt ist, sondern sich im (politischen) Alltag der Welt vollzieht. Sicher, eine gesellschaftspolitisch aktive Kirche ist keine Bürgerinitiative oder politische Partei, auch kein sozial aktiver Hilfeverein. Ihr politisches Engagement gründet in einer gelebten Frömmigkeit, die auf Gott hofft und nicht nur bei den Tatsachen der Welt stehen bleibt.

Die Schriftstellerin Ingeborg Bachmann hat einmal sinngemäß gesagt: Die Tatsachen der Welt brauchen das Nicht-Tatsächliche! Denn es eröffnet neue Perspektiven und lässt die Welt, so wie sie ist, in einem anderen Licht erscheinen. Die Welt der Fakten und Tatsachen bekommt so produktive Risse. Was guten, journalistischen Reportagen verwehrt ist – Worte des Glaubens rechnen damit. Wer Gott verstehen will, wer Gott erfahren will, der kann nicht nur bei dem stehen bleiben, was der Fall ist. Wer Gott erfahren will, der muss bereit und offen sein, über das hinauszusehen, was ist.

Auch die Jahreslosung des vergangenen Jahres lebte von dieser Einsicht. Sie steht in der Offenbarung des Johannes im 21. Kapitel und lautet: „Ich will dem Durstigen geben von der Quelle des lebendigen Wasser umsonst.“ Der Seher von Patmos, Johannes, stellt hier zuvor beschriebe-

nen, leidvollen Erfahrungen des Lebens ein hoffnungsvolles Bild gegenüber. Was Menschen auch immer erleben und erfahren: Gott ist ein Gott des Lebens, so lautet die Botschaft. Deshalb wird am Ende kein Leid mehr sein, kein Geschrei, kein Tod. Gott wird abwischen alle Tränen. Gott schenkt Leben. Niemand muss mehr Durst und Hunger leiden – im übertragenen und praktischen Sinn.

Wer solche Bilder der Hoffnung nicht als pure Fantasterei abtut, sie verinnerlicht, wird merken: Sie sind selbst schon Teil der Quelle des Lebens. Solche Bilder sind nötig, damit wir uns nicht einfach mit Unrecht abfinden. Sie sind aber auch nötig, damit wir nicht kapitulieren vor dem, was uns belastet und unser Leben schwer macht. Bilder des Glaubens wollen nicht vertrösten, sondern Trost und Hoffnung schenken. Und sie können Orientierung geben bei der Frage, wie gutes gemeinsames Leben aussehen kann.

Die Evangelische Kirche setzt sich daher als ein gesellschaftspolitischer Akteur hoffnungsvoll für das Wohl der Gesellschaft ein und betet *zugleich* für sie und sich selbst. Sie engagiert sich politisch für soziale, ökonomische und ökologische Gerechtigkeit und Verträglichkeit, sie geht von den Bedürfnissen der Schwächsten und ihren gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten aus und leistet tätige Hilfe und Unterstützung. Aber sie drückt auch öffentlich die im Glauben begründete Hoffnung auf gelingendes Leben vielfältig aus, behält menschliche Möglichkeiten und Grenzen kritisch im Auge, spricht menschliche Irrtumsfähigkeit und Vergebungsbedürftigkeit an und erinnert an Möglichkeiten zur Umkehr. Christlicher Glaube hat so zwei untrennbare Pole: die Liebe zu Gott und zu den Menschen, geistliches Innehalten und Weltverantwortung, Kontemplation und Aktion, Beten und Handeln. Nur, wenn das Pendel zu sehr in eine Richtung ausschlägt, wird es problematisch.

Ihr



Pfarrer und Oberkirchenrat Christian Schwindt
Leiter des Zentrums Gesellschaftliche Verantwortung



Quo vadis Eurozone? Zehn Jahre nach Lehman Brothers

Vor zehn Jahren entwickelte sich eine Bankenkrise mit großer Geschwindigkeit zu einer handfesten globalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Kurz darauf erschütterte die europäische Staatsschuldenkrise die Eurozone. Noch immer sind die Krisen

keineswegs überwunden und stellen sowohl für den inneren Zusammenhalt eines Landes als auch für die Eurozone als Ganzes eine schwelende Gefahr dar.



von: Dr. Jennifer Achten-Gozdowski, Referat Wirtschaft & Finanzpolitik
 ➔ j.achten-gozdowski@zgv.info

Die Krisen und ihre Aufarbeitung

Mit der Pleite der Investmentbank Lehman Brothers im Jahr 2008 wurde auch jedem finanzwirtschaftlichen Laien augenscheinlich, dass jahrelange – teils politisch gewollte – Misswirtschaft bei der (Immobilien-)Kreditvergabe das Erschaffen riskanter und undurchsichtiger Finanzmarktprodukte und nahezu unregulierte Spekulationsmöglichkeiten einiger Banken zu einem bitteren Höhepunkt gelangt waren. In der Folgezeit sahen sich Bürgerinnen und Bürger vieler Länder der politischen Entscheidung gegenüber, mit ihren Steuergeldern marode Banken zu retten, die als systemrelevant („too big to fail“) eingeschätzt wurden. Allein in Deutschland wurden rund 68 Mrd. Euro zur Bankenrettung aufgewendet. Mit den Vorschriften der neu geschaffenen Europäischen Bankenunion sollten zukünftigen Staatshilfen für kriselnde Banken enge Grenzen gesetzt werden. Wie wenig Bereitschaft allerdings besteht, sich an vereinbarte Regeln zu halten, illustriert der Fall der italienischen Großbank Monte dei Paschi di Siena: Sie wurde zum Jahreswechsel 2016/17 vom italienischen Staat gerettet. Einmal mehr wurde die Haftung der privaten Investoren durch die Haftung der

Steuerzahlerinnen und -zahler ersetzt – die Lehren aus der Banken- und Finanzkrise halten keinen Einzug in die Realität.

Auch die Staatsschuldenkrise, deren Ursachen weit länger zurückreichen als jene der Bankenkrise, kann mitnichten als gelöst bezeichnet werden. Mit Schulden-schnitten und milliardenschweren Hilfs-



paketen wurde das faktisch längst insolvente Griechenland auf dem Papier vor dem Kollaps bewahrt. Die Schaffung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und der Ankauf von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank sicherten zeitweilig die Zahlungsfähigkeit von Ländern wie Portugal, Irland oder

Spanien ab. Das verhinderte bislang ein Auseinanderbrechen der Eurozone, milderte die Auswirkungen der schweren Rezession – aber minderte eben auch den Anreiz, aus eigener wirtschaftlicher Kraft und durch dringend notwendige Reformen zu einer stabilen Schulden-tragfähigkeit zu gelangen. Ein Blick in die Datenbank des Statistischen Amtes der Europäischen Union zeigt, dass sich an den bedrohlich hohen Schuldenständen vieler Eurozonenländer trotz – oder wegen? – der zahlreichen Interventionen bis heute kaum etwas geändert hat.

Das Grundproblem: fehlende Verantwortung bzw. Haftung

Das strukturelle Grundproblem, das beiden Krisen zugrunde liegt, ist – ökonomisch gesehen – das Auseinanderfallen von Erträgen und Haftung: Die Möglichkeit, negative Konsequenzen des eigenen Handelns auf andere abzuwälzen, führt zuverlässig zu Ergebnissen, die für alle Beteiligten unerfreulich sind und konsequenterweise als ungerecht empfunden werden. Das gilt bezüglich der Bankenkrise genauso wie bezüglich der Staatsschuldenkrise.

Im ersten Fall gelang (und gelingt) es Banken, über viele Jahre hohe Erträge zu erzielen, aber den Verlustfall auf die Allgemeinheit zu übertragen. Im zweiten Fall häufen politisch Verantwortliche ebenfalls über lange Zeiträume hinweg hohe Schulden an, um Ausgaben zu finanzieren, die allein über Steuereinnahmen des betreffenden Landes nicht finanziert werden (können). Dieses Vorgehen kann bereits innerhalb eines Landes zu erheblichen Verwerfungen führen, da Schulden Verbindlichkeiten mit Zinsverpflichtungen darstellen, die zukünftigen Generationen im Grunde ungefragt aufgebürdet werden. Wird der Bogen nun aber derart überspannt, dass gar eine Zahlungsunfähigkeit droht, die nur durch die Hilfe anderer Länder abgewendet wird, tragen auch hier wieder nicht die eigentlich Verantwortlichen die Last, sondern die anderen. Gleichzeitig lässt der Druck zur Haushaltsdisziplin rapide nach, wenn man sich eines „Rettungsschirmes“ sicher ist – eine allzu menschliche Reaktion. Aber diese Konstellation führt, wie die jüngste Auseinandersetzung zwi-

schen Italien und der EU zeigt, längst über rein ökonomische Probleme hinaus.

Die italienische Fiskalpolitik – eine Herausforderung für die Eurozone

Die italienische Regierung kündigte im Herbst 2018 an, ihren Staatshaushalt zu erhöhen und im Jahr 2019 ein Budgetdefizit in Höhe von 2,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) anzupeilen. Obwohl diese Zahl unter der magischen 3-Prozent-Grenze – einem Teil der „Maastricht-Kriterien“ – liegt, reagierten sowohl die Finanzmärkte als auch die EU-Kommission aus mehreren Gründen geschockt. Erstens ist der italienische Schuldenstand mit rund 130 Prozent des BIPs einer der höchsten der Eurozone und bedarf eigentlich dringend einer Reduktion und nicht einer weiteren Aufblähung. Zweitens kam das deutliche Signal aus Rom, zukünftig europäische Schuldenregeln sowieso völlig zu ignorieren. Und drittens kommunizierte die italienische Regierung an die europäischen Partner, eine mögliche Geldstrafe der Europäischen Kommission nicht bezahlen zu wollen. Damit sucht sie sprachlich, emotional und wirtschaftspolitisch die direkte Konfrontation, und macht deutlich, es auf eine Schulden- und auf eine Gemeinschaftskrise ankommen zu lassen – mit dem Wissen, dass innerhalb einer Währungsunion entweder hohe Finanz-

hilfen seitens der anderen Länder gezahlt werden müssen oder ein Austritt aus dem gemeinsamen Währungsraum folgt. Dass dieses Erpressungspotenzial eines einzelnen Staates gegenüber seinen Währungskollegen durch die Bailout-Politik der vergangenen Jahre hausgemacht ist, ist weithin unbestritten. Aber dass es so offen auf dem europäischen Tisch ausgebreitet und taktisch verfolgt wird, ist eine herbe Änderung der Tonart.

Es geht um mehr als um Wirtschaft

Es geht also um weit mehr als um einen möglichen finanziellen Kollaps Italiens mit den vorhersehbar fatalen Auswirkungen auf die Wirtschaft und für die Bevölkerung. Natürlich geht es ums Geld und um Verteilungsdynamiken, um den Spagat zwischen Solidarität in echten Notsituationen und dem Messer auf der Brust zwecks erzwungener Finanzhilfen. Es geht aber auch schon jetzt um die Gesprächsfähigkeit der Europartner untereinander, und um die (mangelnde) Bereitschaft, sich an geltende Regeln zum Schutz der gemeinsamen Währung zu halten. Es geht um individuelles Handeln im Rahmen einer Gemeinschaft, und in weiterem Sinne geht es auch um Europa und seine Zukunft. Auch wenn die Eurozone und Europa natürlich nicht deckungsgleich sind, so hängen sie doch eng miteinander zusammen. Europa als

LITERATUR UND LINKS

Fuest, C. (2016), Keine Umgehung der Investorenhaftung für die italienischen Banken! www.cesifo-group.de/de/ifoHome/policy/Viewpoints/Standpunkte-Archiv/stp-2016/ifo-Viewpoint-No-176.html

Fuest, C. (2018), Italy's Fiscal Policy and Europe's Response. www.cesifo-group.de/ifoHome/infoservice/CESifo-Newsletter/2018/CINL201808-Fuest.html

Homburg, S. (2018), Speculative Eurozone Attacks and Departure Strategies. In: Hannover Economic Papers, Nr. 640

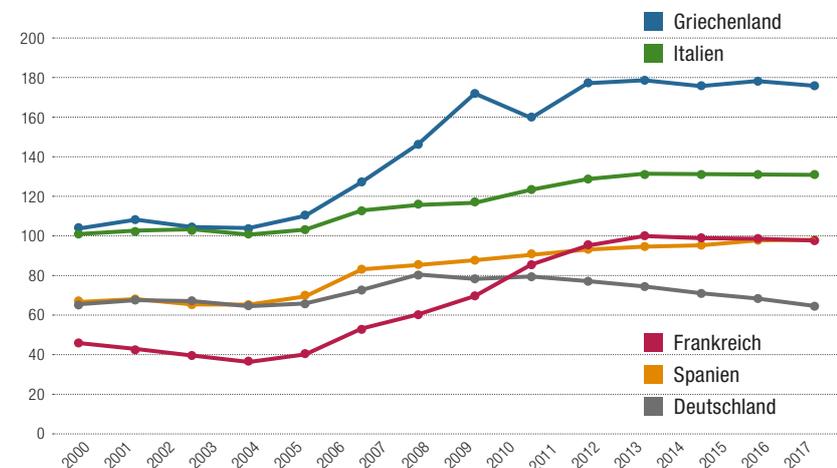
Weidmann, J. (2018), Wirtschaftspolitische Herausforderungen im Wind der Veränderung. In: Deutsche Bundesbank (Hg.), Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 48 www.sozialinitiative-kirchen.de

Friedens- und Gemeinschaftsprojekt vieler unterschiedlicher Staaten droht zu verblassen: Neue, alte Ressentiments gegenüber den Nachbarn, das Aufkommen links- und rechtspopulistischer Parteien in den meisten Ländern und die gefühlt zunehmende Müdigkeit, gemeinsam konstruktiv an der Zukunft arbeiten zu wollen, sind sehr ernst zu nehmen. Hier gilt es, sich gemeinsamer Werte zu erinnern, im Austausch zu bleiben und plumpe Schuldzuweisungen zu unterlassen. Aber für jeden Europartner gilt auch, vor der eigenen Haustür mit dem fiskalischen Besen zu kehren, um die Gemeinschaft nicht mutwillig zu sprengen.

Auch die Kirchen warnen eindringlich davor, das Projekt Europa aufgrund nationaler Egoismen scheitern zu lassen. Schon im Oktober 2015 wiesen Heinrich Bedford-Strohm und Kardinal Reinhard Marx als Vorsitzende des Rates der EKD respektive der Deutschen Bischofskonferenz im Rahmen der Ökumenischen Sozialinitiative darauf hin, dass Europa „eine Gemeinschaft des Friedens und gemeinsamer Werte und Grundüberzeugungen“ sei. Sie betonten, dass die Kirchen im Rahmen eines gesamtgesellschaftlichen Diskurses zu grundlegenden Orientierungsfragen beitragen könnten und wollten. Dies ist wichtig, um das gemeinsame Fundament, auf dem politische und ökonomische Sach- und Streitfragen ausgetragen werden, tragfähiger zu machen. ■

Öffentlicher Bruttoschuldenstand in Prozent des BIP

2000 bis 2017



Eigene Darstellung. Quelle: Eurostat. Datenreihen abrufbar unter: https://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=sdg_17_40

So ist Sonntag!

WIRTSCHAFT & FINANZPOLITIK

Was trägt Geselligkeit zum Gemeinwohl bei? Über den Beitrag des Sonntagsschutzes für die Freiheit der Gesellschaft

Seit einiger Zeit wird das Thema Sonntagsschutz eng mit dem Thema Gemeinwohl verknüpft. Das ist erfreulich und sachgemäß. Weniger erfreulich und ganz und gar nicht sachgemäß ist allerdings, dass diese Verknüpfung zum Teil auf eine Weise erfolgt, als stünde der Sonntagsschutz dem Gemeinwohl im Wege und müsse in seiner hergebrachten Form zugunsten des Gemeinwohls relativiert, wenn nicht gar ganz aufgegeben werden.



von: Pfarrer Dr. Ralf Stroh, Referat Wirtschaft & Finanzpolitik
 ↪ r.stroh@zgv.info

Einer solchen Position liegt die mehr oder weniger deutlich formulierte Auffassung zugrunde, dass Zeit, die nicht zur Verfolgung ökonomischer Ziele genutzt wird, keinen Beitrag zum Gemeinwohl leiste und nur so lange gesellschaftlich zu schützen sei, wie es dem ökonomischen Kalkül opportun erscheine. In dieser Perspektive geht das Gemeinwohl restlos in ökonomischen Kategorien auf. Dem Schutz des arbeitsfreien Sonn- und Feiertages kommt dabei nur noch eine museale Bedeutung zu, ähnlich der oberhessischen Folklore.

Meist wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass die Zeiten sich eben ändern und angesichts von Globalisierung und Digitalisierung sowie der immer stärkeren multikulturellen Lebenswirklichkeit moderner Gesellschaften der überlieferte Schutz eines gemeinsamen Rhythmus für arbeitsfreie Zeiten der veränderten Wirklichkeit nicht länger gerecht werde.

Vor diesem Hintergrund ist es hilfreich, sich daran zu erinnern, dass gerade der gesellschaftliche Schutz ökonomisch unverzweckter Zeiten und nicht

dem Kosten-Nutzen-Kalkül folgender freier Geselligkeit seit jeher dazu beigetragen hat, Gesellschaften fähig zu machen, Veränderungsprozesse mitzugestalten und einen friedlichen Umgang mit kultureller Vielfalt zu etablieren. Dazu einige geschichtliche Beispiele.

Athen – Die Wiege der Demokratie

Das klassische Athen gilt als die Wiege der Demokratie. Platon und Aristoteles sind die Begründer der politischen Wissenschaft. Ihr „Labor“ war allerdings nicht

der Schreibtisch oder die Bibliothek. Platon selbst behandelt in seinem Dialog „Phaidros“ noch die großen Vorbehalte gegenüber der neuen „Mode“, Einsichten in schriftlicher Form und nicht mündlich weiterzugeben. Die wirklich tragenden und orientierenden Einsichten darüber, was es heißt, als Mensch zu leben und das gemeinsame Leben menschlich zu gestalten, gewinnt man im unmittelbaren Gespräch miteinander ohne Ansehen von Rang und Namen. In einem Standardwerk zu jener Epoche heißt es: „Welche Gesellschaft außer der athenischen wäre in der Lage gewesen, eine Gestalt wie Sokrates hervorzubringen, einen Mann, der die Entwicklung des menschlichen Geistes tiefgreifend verändert hat, ohne ein einziges Wort zu schreiben, ohne eine Lehre zu predigen, einfach indem er sich auf den Straßen unterhielt in einer Stadt, die er nur zweimal in seinem Leben verlassen hat?“ (Kitto, Die Griechen, 1960, 67). Dem Gemeinwohl kann man nur dienen, wenn es Freiräume gibt, in denen man das Ganze des menschlichen Lebens zu Gesicht bekommt, und nicht nur einzelne Fragmente – so wichtig sie auch sein mögen. Dabei ist im Blick auf das klassische Athen völlig klar: „Das öffentliche Leben hatte eine Unmittelbarkeit und Konkretheit, die es für uns niemals haben kann“ (Kitto, Die Griechen, 1960, 136).

Jesus von Nazareth – Glaubensorientierung als Gespräch

Nicht nur die politische Ethik der griechischen Philosophie, sondern auch die christliche Sozialethik hat ihre Wurzeln im unmittelbaren Umgang der Menschen miteinander. Der lebensweltliche Ort, an dem die sozialetisch relevanten Einsichten des christlichen Glaubens gewonnen werden, ist das Gespräch – durchaus auch auf dem Markt, aber eben nicht der Logik des Marktes gehorchend. Die Berichte des Neuen Testaments legen beredt Zeugnis davon ab, dass im Mittelpunkt der Lebenspraxis Jesu das gemeinsame Gespräch stand. Miteinander essen und trinken und sich dabei miteinander unterhalten, sind nicht unvermeidbare Unterbrechungen der „eigentlichen“ Tätigkeit Jesu, sondern ganz im Gegenteil das zentrale Element seiner Wirksamkeit. Und dies auch und gerade dadurch, dass

er in dieses Gespräch und in seine Geselligkeit Menschen einbezog, die üblicherweise hiervon ausgeschlossen waren – Frauen, Kinder, Verachtete, Andersgläubige und Kranke an Leib und Seele. Auch hier kann man durchaus noch geltend machen, dass es sich dabei um eine uns fremde Zeit handelt, die so für immer vergangen ist.

Reformation – Laien und Arbeitsleute brauchen den arbeitsfreien Sonntag

Anders sieht es dagegen bei dem dritten geschichtlichen Beispiel aus. Die gesellschaftlichen und politischen Lebens-



Ulrike Scherf, stellvertretende Kirchenpräsidentin der EKHN, und Dr. Ralf Stroh bei der Pressekonferenz in Frankfurt zur Kampagne „So ist Sonntag“.

zusammenhänge zur Zeit der Reformation waren durchaus schon von beachtlicher Komplexität. Es verstand sich nicht mehr von selbst, dass Menschen unmittelbar das Ganze des Zusammenlebens in seiner Vielfalt und in seinem Wesen erlebnismäßig präsent ist. Gleichwohl ist eine solche Gesamtschau aus Sicht der reformatorischen Theologie und Sozialethik unverzichtbar, soll das Gemeinwohl tatsächlich in einer realistischen Weise im Blick bleiben. Und zwar für alle Mitglieder der Gemeinschaft. Verantwortung für das Zusammenleben lässt sich nicht delegieren, sondern muss von jeder Person je an seinem oder ihrem Ort wahrgenommen werden. Wenn es sich daher nicht mehr unmittelbar ergibt, muss die Vermittlung eines unverkürzten Blicks auf das Ganze mit geeigneten institutionellen Instrumenten geleistet werden. Für Martin Luther ist genau dies der Zweck der arbeitsfreien Sonn- und Feiertage:

„Doch ist es nötig (Feiertage zu haben) und von der Christenheit verordnet

um der unvollkommenen Laien und Arbeitsleute willen, daß die auch zum Wort Gottes kommen können. Denn die Priester und Geistlichen halten, wie wir sehen, alle Tage Messe, beten alle Stunde und üben sich in dem Wort Gottes mit Studieren, Lesen und Hören. Darum sind sie auch vor anderen von der Arbeit befreit, mit Zinsen versorgt und haben alle Tage Feiertag, tun auch alle Tage die Werke des Feiertags und ist ihnen keiner Werktag, sondern einer wie der andere“ (Luther, Von den guten Werken [1520]).

Wir hören und lesen diese Überlegungen heute meist so, als ginge es Luther hier lediglich um den Besuch des christlichen Gottesdienstes. Aber es geht um die volle Parallele des arbeitsfreien Tages mit dem Alltag der „Priester und Geistlichen“. Und der umfasst mehr als den Gottesdienst. Der Gottesdienst ist die formelle Gestaltung der gemeinsamen Besinnung auf die orientierenden Größen des gemeinsamen Lebens. Aber diese formelle Gestaltung kann nur ihre volle Wirkung entfalten, wenn es neben ihr auch eine Kultur der informellen, ganz selbstverständlichen Beschäftigung mit diesen Erfahrungsgehalten gibt. Wo das nicht gegeben ist, kann das gottesdienstliche Leben nur aufgesetzt wirken und ist nicht wirklich integriert in das Ganze des menschlichen Lebensvollzuges. Es bedarf also einer institutionellen Sicherung nicht nur des gottesdienstlichen Lebens, sondern zuerst und zuvor der Sicherstellung freier Zeiten und Räume für das ganz informelle Gestalten des Sich-Einlassens auf die unser Lebensgefühl prägenden Erfahrungen in all ihrer sinnlichen und intellektuellen Vielfalt – und zwar als individuelle wie auch als gemeinschaftliche Zeiten und Räume.

Das Recht auf den arbeitsfreien Sonntag dient dem Gemeinwohl

Genau diese Argumentation der reformatorischen Theologie für die Unverzichtbarkeit geschützter arbeitsfreier Tage hat auch das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil aus dem Jahre 2009 der Sache nach wiederholt:

„Mit der Gewährleistung rhythmisch wiederkehrender Tage der Arbeitsruhe konkretisiert Art. 139 [Weimarer Reichsverordnung (WRV)] überdies das Sozial-



Pressekonferenz im Hessischen Landtag zum Sonntagsschutz: v.l.n.r.: Dr. R. Stroh, ZGV, R. Petrak, KAB, Dr. F. Kühn, Rechtsanwalt, H. Gobrecht, ver.di, I. Reidt, Kath. Betriebsseelsorge.

staatsprinzip. Unter diesem Gesichtspunkt hat er weitgehende grundrechtliche Bezüge. Die Sonn- und Feiertagsgarantie fördert und schützt nicht nur die Ausübung der Religionsfreiheit. Die Arbeitsruhe dient darüber hinaus der physischen und psychischen Regeneration und damit der körperlichen Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 GG). Die Statuierung gemeinsamer Ruhetage dient dem Schutz von Ehe und Familie (Art. 6 Abs. 1 GG). Auch die Vereinigungsfreiheit lässt sich so effektiver wahrnehmen (Art. 9 Abs. 1 GG). Der Sonn- und Feiertagsgarantie kann schließlich ein besonderer Bezug zur Menschenwürde beigemessen werden, weil sie dem ökonomischen Nutzendenken eine Grenze zieht und dem Menschen um seiner selbst willen dient“ (BVerfG 1. Dezember 2009).

In seiner Argumentation bezieht sich das Gericht erkennbar – wenn auch nicht explizit – auf Überlegungen des Juristen Peter Häberle aus dem Jahre 1988. Der Beitrag des Sonntagsschutzes zum Gemeinwohl folgt auch nach Häberle keiner ökonomischen Logik: Das Sonntagsprinzip „i.S. des Arbeitsverbotes hat immer Nachteile für das Unternehmen zur Folge, insofern es nicht kontinuierlich arbeiten kann. Dies setzt das Sonn- bzw. Feiertagsprinzip gerade voraus; dies sind seine ‚wirtschaftlichen Kosten‘ oder anders gesagt: Es besteht grundsätzlich ein Frageverbot im Blick darauf, was der Sonntag wirtschaftlich ‚kostet‘. Diese konstitutionelle Gemeinwohlwertung steckt in Art. 139 WRV/Art. 140 GG und

seinen immanent oder geschriebenen zugelassenen Ausnahmen“ (Häberle, Sonn- und Feiertagsrecht im Verfassungsstaat, 1989, 45).

Hayek – Der politisch undankbare Einsatz für das Gemeinwohl

Erstaunlicherweise treffen sich all diese Überlegungen auch mit Einsichten des Vordenkers des neuzeitlichen Liberalismus, Friedrich August von Hayek. Für diesen ist völlig evident, dass sich freie Gesellschaften nicht nach dem Vorbild eines Unternehmens verantwortlich gestalten lassen. Die politischen Instrumente, die dem Gemeinwohl dienen, und jene, die ökonomischen Erfolg sicherstellen sollen, liegen auf kategorial unter-

LITERATUR

Peter Häberle, Sonn- und Feiertagsrecht im Verfassungsstaat; in: Jürgen Wilke (Hg.), Mehr als ein Weekend? Der Sonntag in der Diskussion. (Dokumentation einer Veranstaltung der Görres Gesellschaft vom 3. Oktober 1988), Paderborn 1989, 27–74.

Friedrich A. von Hayek, Recht, Gesetz und Freiheit. Eine Neufassung der liberalen Grundsätze der Gerechtigkeit und der politischen Ökonomie. Hg. von Viktor Vanberg, Tübingen 2003 (GS Abtl. B 4).

Humphrey D. F. Kitto, Die Griechen: Von der Wirklichkeit eines geschichtlichen Vorbilds; aus dem Englischen übertragen von Hartmut von Hentig, Frankfurt 1960.

schiedlichen Ebenen. Sie miteinander zu vermischen, führt nur zu Unordnung und Chaos – auch wenn man gut verstehen kann, warum dies immer wieder geschieht:

„Es ist eine bedauerliche Tatsache, daß eine auf das wirklich allgemeine Wohl abzielende Leistung wenig Lob bekommen wird, weil niemand das Gefühl hat, daraus besonderen Nutzen zu ziehen, und nur wenige überhaupt wissen, wie sie sich auf sie auswirken wird. Für den gewählten Volksvertreter ist ein bestimmtes Geschenk, das er zu vergeben hat, ein viel interessanterer und brauchbarer Schlüssel zur Macht als jeder Vorteil, den er unterschiedslos allen verschaffen kann“ (Hayek, Recht, Gesetz und Freiheit, 2003, 157).

Impulspost „So ist Sonntag“

Auf diese vielfältigen Aspekte des Sonntagsschutzes für das Gemeinwohl aufmerksam zu machen, war eine der Aufgaben der Impulspost „So ist Sonntag“, die im Herbst 2018 an alle Haushalte versendet wurde, in denen Personen leben, die Mitglied der EKHN sind. Auch das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung war an der Entwicklung dieser Impulspost beteiligt.

Indem Menschen gemeinsam Zeit verbringen können, die noch ganz anderen als ökonomischen Gesichtspunkten folgt, kann sichergestellt werden, dass sie auch in ihrer Gestaltung des wirtschaftlichen Zusammenlebens das Wohl des Menschen nicht aus dem Auge verlieren. Und das gilt in gleicher Weise für alle anderen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Kirche, Gewerkschaften, Wissenschaft und Technik, Politik und Kultur können nur dadurch dem Menschen dienen, dass die Menschen, die in ihnen Verantwortung tragen, den ganzen Menschen im Blick haben und den ganzen Menschen kennen. Auch für sie alle ist es von entscheidender Bedeutung, dass es Lebensvollzüge gibt, die ihre jeweilige Binnenlogik überschreiten und gerade dadurch dazu beitragen, dass diese Bereiche ihre Bodenhaftung, ihren Realitätsbezug zum Ganzen der menschlichen Existenz bewahren. Das Gemeinwohl einer Gesellschaft gründet darin, dass es in ihr freie Zeit für freie Bürgerinnen und Bürger gibt. ■

Lasst uns streiten! Gesellschaftliches Zusammenleben braucht lebendige Auseinandersetzung



Die Bundesrepublik Deutschland scheint aus den Fugen zu geraten. Das alte Versprechen der 50er- und 60er-Jahre, dass Anstrengung durch Aufstieg belohnt wird, gilt nicht mehr. Die Zeit des kollektiven sozialen Aufstiegs, von Ulrich Beck einst als kollektiver Fahrstuhleffekt beschrieben, ist Vergangenheit.

von: Marion Schick, Referat Arbeit & Soziales
 ↪ m.schick@zgv.info

Wir können heute beobachten, dass Erwerbsarbeit unsicherer wird und die soziale Ungleichheit wächst. Reiche werden reicher und Arme werden ärmer. Unsicherheit, Abstiegsängste und vereinzelt auch Wut nehmen zu. Kollektiver Protest gegen den Abbau der sozialen Sicherheit formiert sich nicht. Eher verlieren Volksparteien an Zustimmung und Bewegungen und Parteien am rechten Rand erhalten Zulauf. „Statt in einer Aufstiegs-gesellschaft leben wir heute in einer Abstiegs-gesellschaft“, so die Analyse des Soziologen Oliver Nachtwey in seinem Buch „Die Abstiegs-gesellschaft“ (2016).

Der Hessische Landessozialbericht (HLS) des Jahres 2017 bestätigt seine Analyse. Zwischen 2005 und 2015 ist die

mittlere Einkommensklasse um 2,0 Prozentpunkte kleiner geworden, ein Indikator für die Zunahme der gesellschaftlichen Ungleichheit. Auch der starke Anstieg atypischer Beschäftigungsformen um 52,6 Prozent zwischen den Jahren 2003 und 2015 in Hessen, sowie der Anstieg der Armutsrisikoquote zwischen 2005 und 2015 von 12,7 Prozent auf 14,4 Prozent sind Indikatoren für eine wachsende Ungleichheit. Insbesondere sind hier auch die Armutsrisikoquoten bei Alleinerziehenden und Kindern zu nennen sowie die steigende Armutsgefährdung älterer Menschen.

Eine Ursache sieht Nachtwey im Neoliberalismus mit seiner Lehre vom Markt als Regulator. Seiner Ansicht nach gibt es gesellschaftlichen Zusammenhalt nur,

wenn die Menschen die Wahrnehmung haben, dass alle in einer Gesellschaft „relativ gleichgestellt und gleichberechtigt“ seien.

Doch ökonomisch driftet die Gesellschaft auseinander. Inzwischen lebt ein Drittel der deutschen Bevölkerung in großer Unsicherheit. Die Solidarität in der Gesellschaft schwindet und die Menschen haben das Gefühl, dass nicht mehr für alle dieselben Regeln gelten. Der Trend zur Individualisierung verstärkt diesen Eindruck. Gefordert ist heute eine hohe Mobilität, alle stehen untereinander im Wettbewerb, fürs Scheitern ist jeder selbst verantwortlich. Der Einzelne ist auf sich allein gestellt.

Die Ergebnisse des „Radars gesellschaftlicher Zusammenhalt“ der Bertels-



Kirchenpräsident Dr. Volker Jung (2. v. l.) beim Sozialpodium zum Thema „Was hält die Gesellschaft zusammen?“

mann Stiftung von 2017 unterstützt die Beobachtung. Danach empfinden bundesweit nur acht Prozent der Befragten, dass der wirtschaftliche Gewinn in unserem Land gerecht verteilt wird. Eine Mehrheit von 65 Prozent (Hessen 65 Prozent, Rheinland Pfalz 63 Prozent) sieht dies nicht so. Und es handelt sich nicht nur um ein subjektives Empfinden. Die Studie belegt durch empirische Daten, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt dort geringer ist, wo viele Arbeitslose, insbesondere jugendliche Arbeitslose sowie arme und armutsgefährdete Menschen leben. Eine Situation, die besonders auf die neuen Bundesländer zutrifft. Dort werden der Zusammenhalt und die gerechte Verteilung in unserer Gesellschaft dementsprechend auch als besonders kritisch gesehen. So empfinden in Sachsen 76 Prozent der Befragten den wirtschaftlichen Gewinn als ungerecht und nur vier Prozent als gerecht verteilt. Insgesamt schätzen zwei Drittel der Befragten den gesellschaftlichen Zusammenhalt als stark bzw. teilweise gefährdet ein. Auch hier liegen Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern mit jeweils 84 Prozent an der Spitze.

Auch wenn die Analysen nicht ermutigend sind, sollte man laut Nachtwey dem „Pessimismus des Verstandes den Optimismus des Willens“ entgegensetzen. Sein Rezept, um wieder mehr Solidarität herzustellen, lautet: Streiten. Denn der

Kampf für eine „Gesellschaft von relativ Gleichberechtigten“ sei dringend nötig.

Kirchen müssen politisch sein

Die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) sieht diese Analysen ebenfalls mit Sorge und befürchtet Entwicklungen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden. Deshalb veranstaltete sie gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Bistümern in Hessen ein öffentliches Sozialpodium zur Frage „Was hält die Gesellschaft zusammen?“.

Die Veranstaltung hat deutlich gemacht, dass Kirchen und Gewerkschaften zum Zusammenhalt der Gesellschaft beitragen können, denn eine Gesellschaft braucht Institutionen, mit denen sich Menschen identifizieren. Nur Individuen können keine Gesellschaft gestalten.

Darüber hinaus braucht es eine Streit- und Diskussionskultur sowie eine politische Positionierung. Auch kirchliches Handeln braucht politisches Handeln. „Barmherzigkeit braucht Gerechtigkeit“, so der Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau Dr. Volker Jung. Es gehe den Kirchen auch immer um die Veränderung von Strukturen. „Wir wehren uns massiv dagegen, wenn uns Leute sagen: Kümmert euch um die Notleidenden, haltet euch aber aus den politischen Fragen raus.“

LITERATUR UND LINKS

EKD-Text „Konsens und Konflikt: Politik braucht Auseinandersetzung“. Zehn Impulse der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD zu aktuellen Herausforderungen der Demokratie in Deutschland, August 2017.
www.ekd.de/publikationen

Institut für gesellschaftlichen Zusammenhalt
Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) plant zur Versachlichung der Diskussion den Aufbau eines „Instituts für gesellschaftlichen Zusammenhalt“. Gebildet wird das Institut von einem Verbund aus elf Hochschul- und Forschungsinstituten.
www.bmbf.de

Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt, Bertelsmann Stiftung, 2017
www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/gesellschaftlicher-zusammenhalt/projektbeschreibung/

Brücken bauen: Potenziale des Sozialen, Paritätisches Jahresgutachten 2018
www.der-paritaetische.de/publikationen/paritaetisches-jahresgutachten-2018-bruecken-bauen-potenziale-des-sozialen/

Beides gehört für uns zusammen! Wenn wir uns um Gerechtigkeit mühen, sind wir mittendrin in politischen Fragen!“, so Jung.

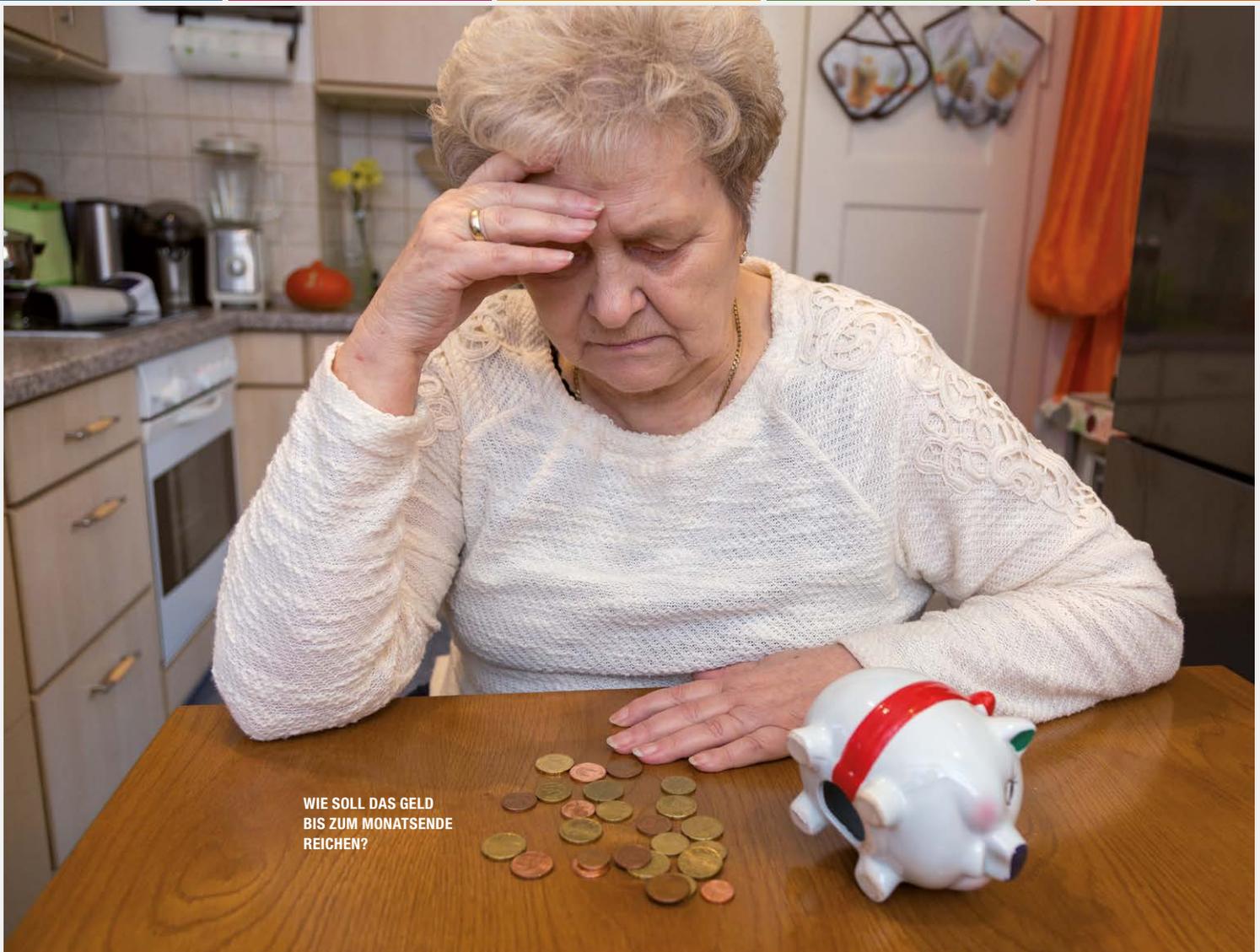
Die gesellschaftliche Auseinandersetzung um Teilhabe und soziale Gerechtigkeit geht weiter. Über Themen wie die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme (Alterssicherung, Pflege, Hartz IV), die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Arbeitswelt oder die Vermögensverteilung muss gestritten werden.

Hier gilt es, wie in den zehn Impulsen der EKD zum Thema Konsens und Konflikt in unserer Gesellschaft (August 2017) beschrieben, Konflikte nicht als Krise, sondern als den Normalfall der Demokratie zu sehen, die in Zukunft eher zu- als abnehmen werden. Man kann und muss sie als Kirche nicht verhindern oder vermeiden. Eine wichtige, auch kirchliche Aufgabe besteht jedoch darin: „Strukturen und Mentalitäten zu schaffen, die dabei helfen, mit Konflikten und Dissonanzen so umzugehen, dass deren destruktives Potenzial eingeehrt wird. So können diese sowohl für den Einzelnen als auch für die Gesellschaft fruchtbar sein.“

Das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung und die EKHN werden sich an diesem gesellschaftlichen Diskurs beteiligen. ■



Großes Interesse bei der Debatte über gesellschaftliche Teilhabe und soziale Gerechtigkeit.



WIE SOLL DAS GELD
BIS ZUM MONATSENDE
REICHEN?

ARBEIT & SOZIALES

Armut im Alter ... ist weiblich



Jeder Mensch hat ein Recht darauf, in Würde alt zu werden. Dazu gehört ein auskömmliches Einkommen im Alter, um Autonomie und Teilhabe zu gewährleisten. In einem reichen Land, wie Deutschland, ist dies nicht selbstverständlich.

von: Heike Miehe, Referat Arbeit & Soziales
➔ h.miehe@zgv.info

Mittlerweile ist das Problem der Altersarmut in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Sehr unterschiedliche Personengruppen, wie ehemalige Selbstständige, Menschen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien, Neurentner*innen in Ostdeutschland, Arbeitsmigrant*innen und vor allem Frauen mit familiären Verpflichtungen sind davon betroffen. Die Lage wird sich in den nächs-

ten Jahren weiter zuspitzen, wenn die Babyboomer-Generation in Rente geht. Die Bertelsmann-Studie zur Altersarmut aus dem Jahr 2017 kommt zu dem Ergebnis, dass jeder fünfte Neurentner dieser Generation von Altersarmut bedroht sein wird. Jede dritte alleinstehende Frau wird ab 2030 auf Grundsicherung angewiesen sein. Und das, obwohl diese Frauen gut ausgebildet und berufstätig sind.

Im EU-Vergleich schneiden deutsche Frauen besonders schlecht ab. Sie bekommen durchschnittlich 45 Prozent weniger Rente als Männer. Nirgendwo sonst ist diese Differenz größer.

Die Höhe des Einkommens und die Beschäftigungszeiten während der Erwerbsphase bilden die Grundlage für die spätere Rentenzahlung. Erwerbsunterbrechungen, Teilzeitarbeit, Minijobs



Eröffnung der Kampagne gegen Armut im Alter in Hessen.

und (Solo-)Selbstständigkeit fördern das Risiko, im Alter nicht von der Rente leben zu können.

Hohe Mieten fördern das Armutsrisiko

Für heutige Rentner*innen mit geringem Einkommen ist es zunehmend schwierig, mit ihrer Rente den Lebensunterhalt zu bestreiten. Ein Grund dafür sind die steigenden Mieten in den Städten. Mittlerweile geben viele Mieter mehr als die Hälfte ihres Haushaltseinkommens fürs Wohnen aus. „Wohnen ist zumindest in Großstädten zum Armutsrisiko, in jedem Fall aber zum Überschuldungsrisiko geworden“, heißt es in der Studie von Creditreform zur Überschuldung in Deutschland vom November 2018.

Einkommenspolarisierung nimmt im Alter zu

Gleichzeitig gibt es heute Rentner*innen, denen es finanziell sehr gut geht. Dieser Personenkreis steht auch deshalb besser da, weil er während der Erwerbsphase leichter zusätzlich privat Vorsorge treffen konnte, während die Ärmere häufig nur auf die gesetzliche Rentenversicherung angewiesen sind.

Im Jahre 2014 hat die Synode der EKHN mit der „Selbstverpflichtung gegen Armut und Ausgrenzung“ auf die gesellschaftsspaltende Wirkung von großem Reichtum und zunehmender Armut in Deutschland hingewiesen. Sie tritt dafür ein, dem entgegenzutreten und ... „auf die strukturellen Ursachen von Armut und Ausgrenzung einerseits und der Konzen-

tration von Reichtum andererseits aufmerksam zu machen“ (synodale Drucksache 23/14, www.kirchenrecht-ekhn.de/api_mobile.php/document/static/pdf/29386.pdf). Ziel ist es, politische Initiativen und Gesetzesvorhaben danach zu beurteilen, ob sie Armut und soziale Ausgrenzung reduzieren oder befördern.

Die Zukunft des deutschen Rentensystems

Die Frage der Zukunft des deutschen Rentensystems war bereits zu Beginn der 2000er-Jahre Gegenstand kontroverser Diskussionen. Politisches Ziel war es, die Rentenbeiträge stabil zu halten, um die heutige Generation nicht durch zu hohe Abgaben zu belasten.

Die Gesetzliche Rentenversicherung (GRV) in Deutschland, die bislang zentral

für die Alterssicherung zuständig war, wurde durch das Drei-Säulen-Modell abgelöst und die Transferleistungen aus der gesetzlichen Rente sind zugunsten einer Förderung der privaten und betrieblichen Vorsorge heruntergefahren worden.

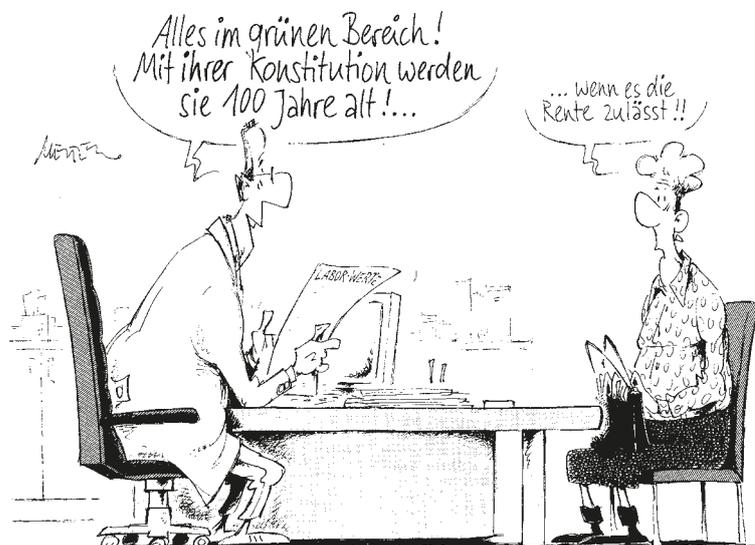
Das Ziel, die Beitragssätze stabil zu halten und die Rentenkasse finanziell zu stabilisieren, mag erreicht worden sein. Armut und soziale Ausgrenzung im Alter zu reduzieren, ist mit diesen Reformen jedoch eher nicht gelungen. Heute erhalten beispielsweise in Rheinland Pfalz 76,4 Prozent der Frauen und 36,3 Prozent der Männer eine gesetzliche Rente unterhalb von 900 Euro pro Monat. (Rentenreport Rheinland-Pfalz 2017 des DGB, S.15)

Die erhoffte flächendeckende private und betriebliche Vorsorge, die die Rentenlücke schließen sollte, ist ausgeblieben. Menschen mit wenig Geld können sich trotz Zuschüsse eine private Vorsorge kaum leisten.

Die Rentenreformen der letzten Jahre greifen zu kurz

Auch das jüngst beschlossene Rentenpaket der großen Koalition (Verbesserungen für Mütter, Geringverdiener und die Bezieher eine Erwerbsminderungsrente) ändern an der grundsätzlichen Problematik der Altersarmut nichts.

Die Mütterrente beispielsweise erhalten Frauen, deren Kinder vor 1992 geboren wurden. Die Kindererziehungszeiten sollen zukünftig mit 0,5 Entgeltpunkten angerechnet werden. Für Mütter mit nied-



rigem Rentenbezug jedoch werden diese Beträge später bei der Grundsicherung oder bei den Witwenrenten angerechnet.

Die Ausgestaltung des Sozialsystems und vor allem die des Rentensystems ist kein kaltes Zahlenspiel. Sie ist eng verbunden mit der Frage der Gerechtigkeit und der Solidarität in einer Gesellschaft. Die Diskussion um die zukünftige Ausgestaltung der Alterssicherung in Deutschland wird sich mit den Fragen der Generationen-, Geschlechter- und Verteilungsgerechtigkeit auseinandersetzen müssen.

Generationengerechtigkeit

Angesichts unregelmäßiger Erwerbsverläufe ist es auch für die jüngere Generation umso wichtiger, dass sie sich auf eine Existenzsicherung im Alter verlassen kann. Eine gesetzliche Rente, die den Lebensstandard sichert, ist langfristig für junge Menschen attraktiv und wird gesellschaftlich akzeptiert.

Wird Generationengerechtigkeit nur unter dem Blickwinkel der Finanzierbarkeit gesehen, klammert sie die Frage aus, ob es gerecht ist, dass die Generation, die die höchsten Beiträge zahlt, zugleich die niedrigsten Leistungen zu erwarten hat. Nur eine Stabilisierung des Rentenniveaus und eine Begrenzung des Beitragssatzes werden für mehr Gerechtigkeit zwischen den Generationen sorgen.

Geschlechtergerechtigkeit

Die Erwerbsbiografien von Frauen sind auch heute häufig gekennzeichnet durch Erwerbsunterbrechungen, Teilzeitbeschäftigungen und niedrige Löhne. Ein Abweichen vom strikten Äquivalenzprinzip in GRV kann verhindern, dass Frauen später auch eine entsprechend niedrige Rente beziehen.

In den Niederlanden oder Schweden gibt es beispielsweise eine steuerfinanzierte Grundrente, die für alle Bewohner gilt, die dort leben, unabhängig vom Erwerbsverlauf. Diese Basisrente ist nur eine Säule der Alterssicherung. Zusätzlich existiert eine einkommensbasierte, umlagefinanzierte Rente wie in Deutschland und darüber hinaus hat fast jede/r Erwerbstätige noch eine Betriebsrente. Anders als bei der deutschen Grundsicherung wird dabei das private Vermögen nicht angerechnet und so niemand zum



AKTIONEN GEGEN ALTERSARMUT

Das Bündnis Soziale Gerechtigkeit in Hessen startet Aktionen gegen Altersarmut

Zahlreiche Sozialverbände, Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche und kirchliche Organisationen, wie das ZGV und das Netzwerk Leben im Alter in der EKHN unterstützen den Aufruf „Heute die Armut von Morgen bekämpfen“. In den kommen-

den zwei Jahren sollen mit diversen Aktionen in Hessen für ein selbstbestimmtes Leben im Alter und für eine existenzsichernde Altersversorgung geworben werden. Wichtig ist dem Bündnis, die Fragen der Erwerbsarbeit, des Wohnens und der Infrastruktur mit einzubeziehen.

www.soziale-gerechtigkeit-hessen.de

Almosenempfänger degradiert. Das hat den Effekt, dass unbezahlte Arbeit, sei es die Sorge für Kinder, die Pflege von Angehörigen oder ein Ehrenamt, auch in der Rente stärker honoriert wird.

Auch der Vorschlag, nur die besten 30 oder 35 Berufsjahre für eine Berechnung heranzuziehen, würde Erwerbsunterbrechungen für Pflege, Kindererziehung oder Erwerbslosigkeit nicht negativ sanktionieren.

Auch die Forderung unterdurchschnittliche Einkommen nachträglich z. B. mit dem Faktor 1,5 aufzuwerten, könnte gerade für Geringverdiener*innen später eine höhere Rente bedeuten.

Verteilungsgerechtigkeit

Die Finanzierung der oben angesprochenen Maßnahmen lassen sich nur mittels einer breiteren Verteilung der Finanzierungslasten realisieren. Überlegungen, den Kreis der Versicherten auf weitere Personengruppen, wie z. B. Selbstständige und Beamte, zu erweitern, gehen in die richtige Richtung. Verbunden mit einer Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze zahlen alle prozentual einen Bei-

trag in die Rentenkasse ein. Das hierfür oft zitierte Schweizer Modell weist dabei einen hohen Grad an Umverteilung auf. Alle zahlen prozentual ein. Somit können höhere Einnahmen durch die Besserverdienenden generiert werden. Gleichzeitig bietet es eine gute Grundlage, um für alle eine gute Absicherung des Lebensstandards im Alter zu gewährleisten.

Auch ein größerer steuerfinanzierter Anteil am Rentensystem kann das Rentenniveau sichern, wie das Österreichische Modell zeigt. Bei der Einnahmenseite wären steuerliche Maßnahmen dahingehend zu überprüfen, inwieweit sie die unteren Einkommensgruppen nicht noch weiter belasten, sondern im Gegenteil Haushalte mit hohem Einkommen und Vermögen an der Finanzierung stärker beteiligen.

Der Diskurs um diese Fragen beschäftigte im letzten Jahr viele Menschen und Organisationen. Das ZGV beteiligte sich an Foren und Veranstaltungen, an einer EKHN-internen Arbeitsgruppe, bot interne Fortbildungsveranstaltungen für Mitarbeiter*innen an und bearbeitet das Thema Altersarmut im Rahmen des Bündnisses Soziale Gerechtigkeit in Hessen. ■



UMWELT & DIGITALE WELT

Mobilität im ländlichen Raum

Schallendes Gelächter in einer Kirche im Odenwald – was ist passiert? Die Pfarrerin hat die ökumenische Aktion Autofasten angekündigt. Aber wer kann im Odenwald schon auf ein Auto verzichten? Anders bei der Odenwald-Regional-Gesellschaft (OREG) – was ist passiert? Die OREG beteiligt sich an der

Aktion Autofasten mit „garantiert mobil!“ und greift den Gedanken der Mitfahrzentrale auf. Auch im Odenwald geht es ohne eigenes Auto.



von: Pfarrer Dr. Hubert Meisinger, Referat Umwelt & Digitale Welt
 ➔ h.meisinger@zgv.info

Ich stamme selbst aus dem Odenwald und kenne die Verhältnisse dort wie meine Westentasche. Natürlich ist es fast unmöglich, zu jeder Tages- und Nachtzeit aus einem kleinen Ortsteil in die Hauptgemeinde oder in die größeren Städte des Odenwaldes zu fahren. Und natürlich sind Großeinkäufe nach dem Ende der Tante-Emma-Läden, von denen es in meinem Heimatdorf in meiner Jugend in den 70er-Jahren noch drei gab, nicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu transportieren. Und die Menschen im Odenwald werden nicht jünger. Wir waren

noch sechs Kinder, die gemeinsam in die erste Klasse kamen. Fußballvereine, die traditionell früher gegeneinander spielten, schließen sich heute zu Spielgemeinschaften zusammen, damit es wenigstens noch eine Jugendmannschaft gibt.

Der demografische Wandel schlägt voll zu. Und hinterlässt Spuren, auch in der Mobilität der Menschen. Bei eingeschränktem öffentlichen Personennahverkehr wird verstärkt auf das Auto zurückgegriffen und wer „früher“ immer mit dem Auto gefahren ist, für die oder den

wird es auch „später“ im Leben nicht einfacher, sich an festen Fahrzeiten von Buslinien zu orientieren, die noch dazu nicht dem Rhythmus des eigenen Einkaufsverhaltens oder Behördenbesuches entsprechen. Darauf reagierte die OREG, auch mithilfe der Aktion Autofasten: Wer sich bei ihr mit einer Fahrt anmeldete, die aus einem Ort in einen anderen führte, konnte dadurch Mitfahrende gewinnen, die sich an den Fahrtkosten beteiligten. Selbst Taxi-Unternehmen machten mit, wohlwissend, dass der „sparsame Odenwälder“ keine weite Taxifahrt bezahlen würde. Insgesamt eine typische Win-Win-Situation. In den sechs Wochen der Aktion Autofasten im Jahr 2018 haben sich 60 Personen neu bei der OREG angemeldet – angesichts von 96.800 Bewohnerinnen und Bewohnern im Odenwaldkreis sicherlich keine große Zahl. Aber ein Anfang. Ja, ein Mut machender Anfang. Denn das Beispiel kann Schule machen, bei weiteren Menschen im Odenwald und in anderen ländlichen Gebieten in Hessen und bundesweit. Die ökumenische Aktion Autofasten wird auch in 2019 wieder dabei sein, wenn es im Odenwald heißt: „garantiert mobil!“

E-Mobilität

Der Dieselskandal beherrschte im Spätsommer 2018 die Diskussionen über Mobilität in Deutschland – Fahrverbote wurden in Stuttgart, Hamburg, Frankfurt und anderen Städten ausgesprochen. Unausgesprochen bleibt, dass auch moderne Benzindirekteinspritzer ein großes



Problem haben, sie erzeugen Ultrafeinstäube in einem Ausmaß, bei dem selbst Dieselmotoren noch wie Saubermänner aussehen. Das muss diskutiert werden, in der Auto-Republik Deutschland. Genauso wie ein Tempolimit auf Landstraßen und Autobahnen. Wer den Urlaub mit dem PKW in einem anderen europäischen Land verbracht hat, dem und der wird die Raserei auf deutschen Autobahnen schrecklich aufstoßen. Andauernd muss man oder frau in den Rückspiegel schauen, ob da nicht jemand mit „überhöhter“ Geschwindigkeit heranbraust. Dabei wollen wir doch alle „nach vorne“ schauen ...

Nach vorne schauen, das heißt mit Blick auf Mobilität in der gegenwärtigen Diskussion: Auf E-Mobilität setzen. Die Firma Tesla hat es mit ihren Modellen vorge-macht. Auch der posteigene E-Scooter ist ein Verkaufsfrenner. Und immer mehr E-Autos drängen auf den Markt, verdrängen dabei aber noch lange nicht die Dinosaurier des immer noch gegenwärtigen fossilen Auto-Zeitalters. Die Rettung scheint nahe zu sein für unsere „Heilige Kuh“, den MIV, den motorisierten Individualverkehr. Jetzt bringen auch die deutschen „Premium“-Hersteller neue E-SUV mit gigantischen PS-Leistungen in ihre Showrooms und die internationalen Automobilausstellungen. Green-Washing in seiner reinsten Form. Das Auto soll Statussymbol bleiben. Dabei ist längst klar, dass die oft gescholtene „Jugend von heute“ im Auto kein Statussymbol mehr sieht. Mit digitaler Technik und Vernet-

zung bis hin zur autonomen Mobilität wird um die Gunst gerade auch dieser zukünftigen Käuferschar gekämpft.

Auch mit den neuen automobilen E-Monstern werden deren Besitzerinnen und Besitzer im Stau des täglichen Berufsverkehrs stehen, wenn sich unser Mobilitätsverhalten nicht grundsätzlich ändert – und ändern lässt, indem die Politik ihre Ängste vor Veränderung aufgibt und den Einfluss der Auto-Lobby zurückfährt. Deutschland hat im Spät-



sommer 2018 auf europäischer Ebene versucht zu verhindern, dass strengere CO₂-Grenzwerte in den kommenden Jahren gelten sollen. Die zuständige Ministerin hat gegen ihre eigene Überzeugung und ihre eigenen Worte anders abstimmen müssen.

E-Mobilität im ZGV

Auch kirchliche Mitarbeitende sind viel unterwegs. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln, viele davon ohnehin elektrisch, aber auch und allzu oft mit dem PKW. Die eng getakteten Termine lassen sich sonst

nicht einhalten. Von Entschleunigung keine Spur. In diesem Jahr will sich das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung an der Aktion Autofasten beteiligen und sich bei Terminen an den Fahrtzeiten des ÖPNV orientieren. Das verspricht eine spannende Sache zu werden.

Bis dahin nutzen auch wir zwei Dienstfahrzeuge – eines davon ein E-Auto, das als eines der ersten der unteren Mittelklasse eine Reichweite von im Fahrbetrieb erprobten 300 km besitzt. Je nach Fahrstil und Jahreszeit auch mehr. Ein Auto, das zeigt, was elektrisch alles möglich ist. Die Erfahrungen aller, die damit fahren, sind durchweg positiv. Ein Ladekabel, das nur für die 230-V-Steckdose geeignet ist, hat in den meisten Fällen ausgereicht, das Auto über Nacht wieder voll aufzuladen. 6 km pro halber Stunde Ladezeit. Ein Schnellladekabel hätte die Ladezeit deutlich verkürzt. Natürlich diskutieren wir auch die ökologischen Fragen, die sich bei der E-Mobilität stellen, denn die CO₂-Gesamtbilanz von E-Fahrzeugen ist nicht überzeugend, selbst wenn sie, wie bei uns, mit Ökostrom geladen werden.

Der E-Hype, vielleicht nur eine Modeerscheinung, die vergeht? Japanische und koreanische Marken bringen die ersten Brennstoffzellen-Fahrzeuge auf den Markt. Deutsche Hersteller setzen mehr oder weniger voll auf E-Mobilität. Die Zukunft wird zeigen, welche Variante sich durchsetzen wird – und für welche Nutzungsszenarien. Nachhaltigkeit wird auch dabei eine Rolle spielen mit Blick auf ökologische, ökonomische und soziale Kriterien. „Es gibt viel zu tun, packen wir's an.“ ■

Nachhaltiger Einkauf leicht gemacht: Neue Angebote für Kirchengemeinden und kirchliche Einrichtungen

In diesem Jahr hat sich das Klimaschutzmanagement der EKHN intensiv für die Ausweitung des ökofairen Einkaufs in den Gemeinden und Einrichtungen eingesetzt. Die Gemeinden fangen dabei nicht bei null an. Überall gibt es schon jetzt engagierte Gruppen und Einzelpersonen, die ökofairen Einkauf



und Klimaschutz überzeugt vertreten und auf die Tagesordnung im Kirchenvorstand oder Kindergarten heben.

von: Kathrin Saudhof und Sabine Allmenröder,
Referat Umwelt & Digitale Welt → k.saudhof@zgv.info
→ sabine.allmenroeder.dek.bergstrasse@ekhn-net



Dennoch bleibt ein flächendeckender und nachhaltiger Wandel hin zu einem ökologisch vertretbaren, sozial verantwortlichen Einkauf eine große Herausforderung: Was von Haupt- und Ehrenamtlichen gekauft und verbraucht wird, geht alle an. Neuerungen müssen eingeübt und durchgehalten werden. Doch das Bewusstsein für ökofairen Einkauf wächst und wo es gelingt, zieht die Veränderung neue Menschen an, denen das Thema wichtig ist.

Christliche Verantwortung und existenzielle Notwendigkeiten

Mit jedem Einkauf und jeder Beauftragung von Dienstleistern unterstützen wir bestimmte Anbau-, Arbeits-, Lebens- und

Produktionsbedingungen. Als Christinnen und Christen dürfen wir nicht die Augen verschließen vor Umweltschäden, unwürdigen Arbeitsbedingungen und unfairen Handelsbeziehungen, die durch unseren Konsum verursacht werden. Denn die Folgen im ökologischen und sozialen Bereich – der Klimawandel, die Zerstörung von Urwäldern und anderen Ökosystemen, sowie Ausbeutung und Kinderarbeit im sogenannten Globalen Süden – bekommen wir alle zu spüren. Im Jahr 2015 gab es bereits weltweit 19,2 Millionen Menschen, die durch verschlechterte Umweltbedingungen aus ihrer Heimat vertrieben wurden.

Die Weltgemeinschaft der Vereinten Nationen hat 17 Nachhaltige Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals)

definiert, die bis zum Jahr 2030 erreicht werden sollen. Dazu gehört, verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster zu entwickeln und umzusetzen. Auf dieser Basis hat die Bundesregierung ein Nationales Programm für nachhaltigen Konsum beschlossen. Nachhaltiger Konsum im Sinne dieses Programms stellt sicher, dass mit der Bedürfnisbefriedigung der heutigen und nachfolgender Generationen die Belastbarkeitsgrenzen der Erde eingehalten werden.

Wort und Tat – beides gehört im Glauben zusammen. Das tägliche Handeln im Sinne der Bewahrung der Schöpfung ist daher ebenso notwendig wie das Predigen zu Themen wie Schöpfung, weltweite Gerechtigkeit und Menschenwürde.

Das neue Einkaufsportale „Wir kaufen anders“ und die im Herbst in Kraft getretene Rechtsverordnung zur Beschaffung von Waren und Dienstleistungen in der EKHN geben der täglichen Praxis jetzt einen Rahmen und unterstützen bei der Umsetzung.

Einkaufsportale „Wir kaufen anders“ gestartet

Zur Frühjahrssynode 2018 konnte das ökumenische Informations- und Einkaufsportale www.wir-kaufen-anders.de vorgestellt werden. Es steht allen institutionellen Einkäuferinnen und Einkäufern der EKHN offen und bietet beispielsweise





Sabine Allmenröder und Kathrin Saudhof informieren über nachhaltiges Einkaufen.



wertvolle Informationen über vertrauenswürdige Siegel, die beim nachhaltigen Einkaufen vor Ort unterstützen. Außerdem gibt es – für die Dinge, die schwierig vor Ort zu beschaffen sind – einen Onlineshop mit einer Vielzahl an nachhaltigen Produkten. Durch die ausgehandelten Rahmenverträge sind die Produkte im Durchschnitt ca. 15 Prozent günstiger, als wenn sie direkt über die eingebundenen Händler gekauft werden.

Bis Ende Oktober 2018 haben sich bereits über 200 institutionelle Nutzerinnen und Nutzer aus der EKHN zum Einkauf im Onlineshop registriert.

Beschaffungsverordnung seit Oktober in Kraft

Die Verordnung für die Beschaffung von Waren und Dienstleistungen der EKHN wurde nach intensiver synodaler Debatte über die darin enthaltenen Nachhaltigkeitskriterien im Oktober 2018 in Kraft gesetzt. Damit sind nun beim Einkauf die folgenden Kriterien zu berücksichtigen (siehe EKHN-Amtsblatt 10/2018):

Es ist darauf zu achten, dass ...

1. Menschenrechte und Kernarbeitsnormen der International Labor Organisation (ILO) auch in der Zulieferkette gewährleistet werden,
2. beim Vertragspartner verantwortungsvolle Arbeitsbedingungen im Sinne der Corporate Social Responsibility vorhanden sind,
3. Produkte fair gehandelt wurden,
4. der Umweltverbrauch von Produkten bei Herstellung, Transport, Nutzung und Entsorgung möglichst gering ist,
5. die Produkte gentechnisch unverändert sind,
6. Lebensmittel saisonal, regional sind und möglichst aus biologischer Herstellung stammen,
7. die Produkte sicherheitsgerecht und gesundheitlich unbedenklich sind.

Dies soll mit entsprechenden Umwelt- und Sozialsiegeln einer unabhängigen Organisation oder durch Selbstverpflichtungserklärungen der Zulieferer nachgewiesen werden.

Um den Kirchengemeinden dabei zu helfen, die Regeln der neuen Verordnung inklusiv des Nachhaltigkeitsgrundsatzes mit wenig Aufwand auch in der Praxis anwenden zu können, ist dazu eine Handreichung in Vorbereitung.

Sensibilisierung, Beratung und Information vor Ort

Dekanate, Kirchengemeinden und kirchliche Gruppen wurden durch Informationsveranstaltungen und praktische Beratungen zum nachhaltigen Einkauf vor Ort begleitet. Bis November 2018 wurden rund 300 Menschen mit Vorträgen, Infoständen und Schulungen zum ökofairen Einkauf erreicht. Mit dabei waren etwa die Gemeindeübergreifende Trägerschaft der Kindergärten (GÜT) im Dekanat Alzey, die Gemeindefunktionärinnen des Dekanats Bergstraße oder der Küsterbund der EKHN. Sie nutzten ihre Dienstversammlungen, ihre jährlich anstehenden Fortbildungen oder einen Fachtag, um das neue Einkaufsportale kennenzulernen und zukünftige Vorhaben zu planen. Jede Gemeinde und jede Kindertagesstätte hat dabei ihre individuellen Rahmenbedingungen und ist auf einem unterschiedlichen Stand bei der Umsetzung von ökofairen Standards. Auf den Fortbildungen inspirieren sich die Teilnehmenden gegenseitig und tauschen Erfahrungen und Erfolge aus. Warenproben aus dem ökofairen Einkaufsportale werden getestet, das Portal selbst wird online ausprobiert.

Die Dekanate Wetterau und Büdinger Land mit ihrer gemeinsamen Regionalverwaltung nutzten die Beratung vor Ort, um auszuloten, ob eine gemeinsame ökofaire Beschaffung praktikabel ist und Vorteile bietet. Auch auf Dekanatssynoden, Gemeindefesten oder an Aktionstagen wie beim Fairen Frühstück in der Gemeinde Seeheim-Malchen räumten interessierte Gemeinden Platz und Zeit für einen Info-Stand und Vorträge zum Thema Nachhaltigkeit ein. ■

LINK ZUM THEMA

Einkaufsportale „Wir kaufen anders“
<https://wir-kaufen-anders.de>

Servicestelle, E-Mail: oefsb@ekiba.de

WIR WISSEN IM GRUNDE NICHT, WER WELCHE INFORMATIONEN ÜBER UNS HAT UND WAS DAMIT GESCHIEHT. WIR KÖNNEN MIT EINIGER LEBENSERFAHRUNG ZWAR GUTE ABSICHTEN VON SCHLECHTEN ABSICHTEN UNTERSCHIEDEN, WISSEN ABER NICHT, OB DIE DATEN ÜBER UNS NICHT IN „FALSCHER HÄNDE“ GERATEN.



UMWELT & DIGITALE WELT

Ich habe doch nichts zu verbergen! Oder doch? Datenschutz und Datenschutzgrundverordnung

Eleonora Rigby in der Musterstraße 28 in 55555 Woachimmer feiert am 30. Januar 2019 ihren 70. Geburtstag. So oder ähnlich stand es in Gemeindeblättern und in Schaukästen so mancher Kirchengemeinde. Damit ist seit dem Inkrafttreten der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) im Mai 2018 ohne das Einverständnis der betroffenen Person Schluss. Gleichzeitig weiß eine große Firma, die neben einer Internetsuchmaschine noch viele andere Geschäftsfelder hat, aus unzähligen digitalen Spuren nicht nur, wann Eleonora Geburtstag hat, sondern auch, welche Bücher sie gerne liest, welche Reise sie gerne macht oder machen würde und mit wem sie alles online kommuniziert. Sogar ihre Lieblingsfernsehprogramme und ihre politische Einstellung sind der Firma bekannt. Daran wird wahrscheinlich auch die DSGVO nichts ändern. Darüber gilt es zu reden.



von: Michael Grunewald, Referat Umwelt & Digitale Welt
➔ m.grunewald@zgv.info

Datensammlungen gab es schon immer

O b wir es wollen oder nicht, wir hinterlassen unzählige Datenspuren. Das ist im Grunde nichts Neues, denn schon immer wurden von uns Daten erhoben und gespeichert. In Deutschland soll es laut evangelisch.de rund 200.000 evangelische und 100.000 katholische Kirchenbücher geben, in denen Taufen, Eheschließungen und Tode verzeichnet

sind. Für Kirche und Staat sind personenbezogene Steuereinnahmen von existenzieller Bedeutung. Eine möglichst genaue Datenerhebung ist dafür die Grundlage. Auch private Firmen haben dort, wo es ihnen möglich war und ist, ein großes Interesse an Daten. Oftmals bilden sie das Grundmodell für den ökonomischen Erfolg.

Auch in vordigitalen Zeiten wurden Daten erhoben. Persönliche Empfehlungen wie „Die Bäckerei Rummel backt

so köstliche Brötchen“ waren und sind nicht nur für das Geschäft eine gute Werbung, sie wirken sich auch auf unser Konsumverhalten aus. Neu ist, dass heute diese Daten digital erhoben und verarbeitet werden und so eine Verbreitung mit reichlichen Manipulationsmöglichkeiten gegeben ist. Der neue „Beruf“ Influencer*in zeugt davon.

Die digitale Verarbeitung von Daten ist in einem Maße gewachsen, wie wir uns das nicht wirklich vorstellen können. Wie

schnell wird heute aus dem bundesweiten Telefonbuch (Das Örtliche) die Liste derjenigen erstellt, die einem Telefonbucheintrag zugestimmt haben und „Grunewald“ heißen? Der Computer braucht dafür nicht mal eine Sekunde. Digitale Daten sind im Prinzip rund um die Uhr verfügbar, sind verlustfrei kopierbar und können, wenn auf sie online zugegriffen werden kann, ohne räumliche Begrenzung genutzt werden. Daten lassen sich durch den Einsatz von Datenbanken in Sekundenschnelle miteinander verknüpfen und zu Profilen formen.

Diese Möglichkeiten machen die Datensammlungen über Menschen heute noch brisanter, weil so digitale Abbilder von Menschen entstehen, die heute nur noch schwer zu kontrollieren sind. Wir wissen im Grunde nicht, wer welche Informationen über uns hat und was damit geschieht. Wir können mit einiger Lebenserfahrung zwar gute Absichten von schlechten Absichten unterscheiden, wissen aber nicht, ob die Daten über uns nicht in „falsche Hände“ geraten.

Datenerfassung ändert ihre Qualität

Besonders heikel wird das bei Daten, die mit persönlichen Verhältnissen zu tun haben. Welche Partei unterstützt wird, welche Religionszugehörigkeit jemand hat, welcher Einkommensklasse jemand angehört, geht im Grunde niemanden etwas an. Durch Algorithmen von Suchmaschinen und der Auswertung des Nutzungsverhaltens auf Internetseiten kann das aber inzwischen mit hoher Wahrscheinlichkeit berechnet werden. Das Zauberwort heißt hier „Digital Fingerprinting“. Mit diesem digitalen Fingerabdruck kann nicht nur sehr gut bestimmt werden, welches Smartphone, Tablet oder welcher Computer gerade verwendet wird, sondern auch, von welcher Person die aktuellen Datenspuren anfallen.

Katharina Nocun, eine bekannte Bürgerrechtsaktivistin, hat in einer am 19. Oktober 2018 in der Süddeutschen Zeitung veröffentlichten Kolumne genau diese Frage gestellt: „Was passiert, wenn Autoritäre die Macht übernehmen?“ Sie schreibt „Als die Deutschen 1940 in den Niederlanden einmarschierten, fielen ihnen die Unterlagen der letzten Volkszählung in die Hände. Unter den vermeintlich

harmlosen abgefragten Merkmalen war auch die Religionszugehörigkeit. In den darauf folgenden Jahren wurden mehr als drei Viertel der rund 140 000 in den Niederlanden lebenden Juden umgebracht, so viele wie in keinem anderen Land Westeuropas. Heute bräuchte es keine Volkszählung mehr um Listen von Unpersonen erstellen zu können. Längst lassen sich politische Einstellung, sexuelle Orientierung und Religionszugehörigkeit aus Facebook-Likes und Surfverhalten ermitteln.“

Datenschutz ist ein Grundrecht

Prof. Dr. Jörg Kopecz, Professor für Unternehmensführung und digitale Transformationsprozesse und beim letzten Evangelischen Kirchentag verantwortlich für

genen Daten wofür genutzt werden dürfen. Dies alleine genügt aber nicht. Es sind auch neue Kompetenzen nötig.

Veranstaltungen des ZGV

Das grundlegende Verständnis für diese Prozesse zu schaffen und Kompetenzen zu erweitern, ist ein Auftrag des ZGV. Daher wurde 2017 mit einer Veranstaltungsreihe begonnen, die diesen Ansatz verfolgt. In der digitalisierten Welt werden die Prozesse, die unser Leben mitbestimmen, immer komplexer und weniger durchschaubar. So wurde das Thema Datenschutz in Vorträgen und Veranstaltungen aufgegriffen, aber auch im Haus selbst thematisiert, was zu Veränderungen in Arbeitsabläufen führte. Ein Fachtag zum Thema Datenschutz, an dem neben



Finanzen und Organisation, machte im Rahmen einer Veranstaltung im ZGV darauf aufmerksam, dass durch die Ansammlung und Verarbeitung von Daten heute private Firmen sehr gut in der Lage sind, zielgruppengenau Entscheidungen, beispielsweise Kaufentscheidungen, zu beeinflussen. Treffen wir unsere Entscheidungen dann objektiv noch selbst oder werden wir noch mehr zum „Spielball“ wirtschaftlicher Interessen? Er betonte, dass wir ein grundlegendes Verständnis für die verwendeten Technologien brauchen, um uns souveräner in der digitalisierten Welt bewegen zu können. Datenschutz ist so gesehen ein Grundrecht für ein selbstbestimmtes Leben. Die DSGVO ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.

So kann Eleonora Rigby selbst entscheiden, welche auf ihre Person bezo-

Katharina Nocun auch Peter Knaak von der Stiftung Warentest Erfahrungen und Strategien aus ihrem beruflichen Kontext erläuterten, diente dabei der Einordnung der Veränderungen, die sich aus dem Zusammenspiel von individuellem Verhalten und gesellschaftlichen Prozessen ergeben.

In einer Reihe von Vorträgen und Workshops mit kirchlichen sowie außerkirchlichen zivilgesellschaftlichen Organisationen haben wir so auch dazu beigetragen, dass Eleonora Rigby sich nun auch sicherer in der digitalen Welt bewegen kann. ■

Quelle

www.evangelisch.de/inhalte/93928/17-04-2014/evangelische-kirchenbuecher-sollen-online-durchsuchbar-werden

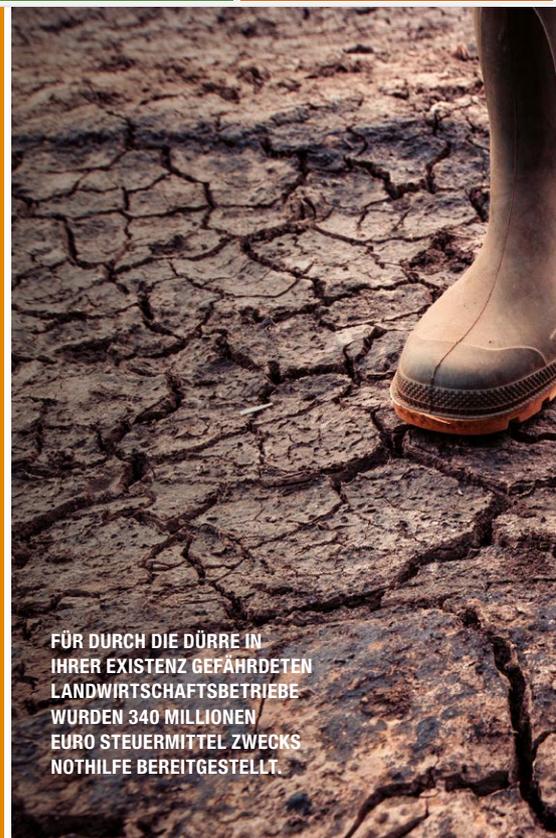
Wetterextreme: Auswirkungen des Klimawandels auf die Landwirtschaft

Vertrocknete braune Landschaften, ein ausgetrockneter Rhein mit Rekord-Niedrigwassermesswerten, tropische Nächte mit Temperaturen über 20 Grad, regelmäßige Mittagshitze bis

zu 36 Grad und kaum Niederschläge zwischen April und Oktober. In Mainz und Umgebung war der „Mega-Sommer 2018“ tatsächlich von Extremen geprägt.



von: Dr. Maren Heincke, Referat Ländlicher Raum
 ➔ m.heincke@zgv.info



FÜR DURCH DIE DÜRRE IN
IHRER EXISTENZ GEFÄHRDETEN
LANDWIRTSCHAFTSBETRIEBE
WURDEN 340 MILLIONEN
EURO STEUERMITTEL ZWECKS
NOTHILFE BEREITGESTELLT.

Die Landwirtschaft war Hitze und Trockenheit besonders intensiv ausgesetzt. In Nord- und Ostdeutschland führte der Wassermangel zu hohen Ertragseinbußen. Je nach Region zeigte sich jedoch ein differenziertes Bild. So waren die Winzerinnen und Winzer extrem zufrieden mit der Qualität und Menge ihrer Weinlese. Obstbaubetriebe konnten die Apfelschwemme kaum bewältigen. Anderswo war der Futtermangel so stark, dass die Viehbestände reduziert und Grundfutter wie Heu über weite Entfernungen hinweg transportiert werden musste.

Für durch die Dürre in ihrer Existenz gefährdeten Landwirtschaftsbetriebe wurden 340 Millionen Euro Steuermittel zwecks Nothilfe bereitgestellt. Dadurch gab es diverse politische Diskussionen über das unternehmerische Risiko, welches landwirtschaftliche Betriebe selbst zu tragen hätten. Und über eine mögliche Pflicht der Gesellschaft, dem Landwirtschaftssektor bei unverschuldeten Notlagen zu helfen, da er überproportional stark vom Klimawandel und den damit verbundenen zunehmenden Wetterextremen betroffen sei.

Besondere landwirtschaftliche Probleme entstehen durch die Zunahme der Extremwetterlagen. Gewitter, Hagelschäden oder Spätfröste treffen z. B. Obst- und Weinbau. Die Zunahme der Hitzewarntage und länger anhaltender

Hitzeperioden führt zu Problemen bei der Kornfüllphase und Notreife. Starkregenereignisse bewirken Erosion und Ernteprobleme. Durch Überschwemmungen können wertvolle Gemüseanbauflächen zerstört werden. Die Abnahme der Frosttage verursacht fehlende Kältereize für Pflanzen, zu kurze Winterruhe für Obstbäume, zu geringe Frostgare der Böden oder zu große Schädlings- und Wildschweinpopulationen. Durch die längeren und höheren Wärmephasen können ganz neue tierische und pflanzliche Erkrankungen und Schädlinge in der Landwirtschaft auftreten.

In Deutschland trägt eine Vielzahl an Sektoren wie Energieerzeugung, Industrie und Mobilitätswirtschaft zur Emission klimarelevanter Gase bei. Die deutsche Landwirtschaft hat dabei einen Anteil von sieben Prozent an den Gesamtemissionen.

Anpassungsmaßnahmen an Klimaveränderungen

In der Landwirtschaft hat besonders die Tierhaltung eine Quellenfunktion. Aus ihr stammen vor allem Methan- und Lachgasemissionen. Seit vielen Jahren werden Maßnahmen zur Reduktion dieser Emissionen erforscht und umgesetzt. Möglichkeiten bestehen z. B. bei der Lagerung und gezielten Ausbringung von Gülle, durch angepasste Tierfütterungs-

strategien oder hocheffektive Abluftreinigungsanlagen an Ställen. Durch gezielten Humusaufbau, Aufforstung oder die Wiedervernässung von Moorstandorten kann die Landwirtschaft im kleinen Maßstab sogar eine Senkenfunktion für Kohlendioxid übernehmen.

Gleichzeitig finden landwirtschaftliche Anpassungsstrategien an den Klimawandel statt. So werden trockenheitsresistentere Pflanzensorten eingesetzt, der Pflanzenschutz auf neue Krankheitserreger ausgerichtet, bisher nicht angebaute Kulturarten wie Soja erprobt oder die Bewässerungsflächen ausgedehnt.

Auch in der Nutztierhaltung sind Anpassungsmaßnahmen nötig. Bei Hitze fressen z. B. Milchkühe deutlich weniger und haben eine geringere Milchleistung. Daher muss eine Verminderung des Hitzestresses der Tiere angestrebt und die Fütterung angepasst werden. Das Tiergesundheitsmanagement muss sich auf die Bekämpfung neuer Krankheiten und wärmeliebender Schädlinge einstellen. Mittelfristig wäre eine Veränderung der Zuchtziele in Hinblick auf Robustheit, Langlebigkeit und Lebensleistung statt Leistungsmaximierung anzustreben.

Ernährungssicherheit in Gefahr?

In Europa wird eine Verschiebung der Anbauggebiete nach Norden erwartet. Im Mittelmeerraum wird mit gravierenden



Ausfällen der landwirtschaftlichen Produktion gerechnet. Die Landwirtschaft Mitteleuropas sowie die nördlichen Regionen Europas, Asiens und Amerikas könnten in Teilen sogar vom Klimawandel profitieren.

Insgesamt sind die Agrarsysteme je nach Weltregion sehr verletzlich, da sie auf bewährtem und vorhersehbarem Klima basieren. Bei einer stabilen Begrenzung der Erderwärmung auf bis zu + 2 Grad wird erwartet, dass durch Dürre, Überschwemmungen, Stürme, Anstieg des Meeresspiegels, Versalzung des Grundwassers, häufigere Unwetter, Ausbreitung von Krankheitserregern und

beschleunigtes Artensterben zwar dramatische Verschiebungen und Veränderungen der internationalen Anbausysteme stattfinden werden.

Global betrachtet könnte jedoch noch ein Gleichgewicht zwischen agrarischer Produktionszunahme oder -abnahme erzielt werden. Denn Agrarsysteme können bis zum bestimmten Grad resilient angepasst werden, wenn die Veränderungen nicht zu schnell ablaufen. Bei einer extremen Erhitzung des Weltklimas würden diese Anpassungsgrenzen jedoch völlig überschritten werden.

Die Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) hat im Herbst 2018 eindringlich in ihrem diesjährigen Welternährungsbericht auf die große Bedeutung des Klimawandels für die globale Ernährungssicherheit hingewiesen. Seit mehreren Jahren steigt die Anzahl der chronisch unterernährten Menschen wieder an – derzeit sind es 821 Millionen. Neben Kriegen und Wirtschaftskrisen sind Klimaextreme die Hauptursache für den Wiederanstieg. In armen Staaten Afrikas, Südasiens und Lateinamerikas sind die landwirtschaftlichen Systeme oft sehr empfindlich gegenüber Niederschlags- und Temperaturschwankungen. Dort arbeitet oft auch noch ein sehr großer Anteil der Bevölkerung im Landwirtschaftsbereich. Weltweit gelten 2,5 Milliarden Kleinbauern, Hirten, Fischer und Sammler als besonders gefährdet durch Klimaschocks.

Aber auch bedeutsame Exporteure auf die Weltgetreidemärkte wie die USA,

Australien, Brasilien, China und Indien könnten durch den Klimawandel große Ernteverluste erleiden. Dadurch würden die Preisvolatilitäten der Weltagarmärkte deutlich verstärkt.

Für die evangelische Kirche sind deshalb die Themen globale Gerechtigkeit, Klimaschutz und Ernährungssicherung sehr eng miteinander verbunden. Entsprechend des Verursacherprinzips sind Industriestaaten ethisch verpflichtet, Entwicklungsländer bei der Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen. Kirchlicherseits wird außerdem ange-mahnt, dabei einen Fokus auf besonders vulnerable Gruppen und ihre Ernährungssicherung zu legen. Die umfangliche Umsetzung des Menschenrechts auf Nahrung ist eine entscheidende Voraussetzung für eine friedliche nachhaltige Entwicklung.

Verbraucher können durch Reduktion der Lebensmittelverschwendung, geringerem Fleischkonsum sowie durch die Bevorzugung von ökologisch erzeugten, regionalen und saisonalen Lebensmitteln einen kleinen Beitrag zu mehr Klimaschutz im Ernährungssektor leisten.

Der Hitzesommer 2018 mit seinen zum Teil bedrohlichen Ernteaufschlägen sind erst die Vorboten noch größerer zu erwartender Wetterextreme. Viele, die den Klimawandel bisher für Falschinformation oder völlige Übertreibung hielten, dürfte dieser Sommer etwas nachdenklicher gestimmt haben. Trotz wirklich wunderbarer Badesaison. ■



INFOS ZUM WETTER

2018 war der zweitheißeste Sommer:

2018 war nach 2003 der zweitheißeste Sommer seit Beginn der Wetteraufzeichnungen 1881.

Jahresmitteltemperatur steigt an:

An der Wettermessstelle Frankfurt/Main Flughafen hat sich von 1937 bis 2017 pro Dekade die Jahresmitteltemperatur um 0,3 Grad erhöht (+ 2.4 Grad).

Frühling und Sommer beginnen heute früher:

Im Knüllgebirge hat sich die Vegetationsruhe deutlich verkürzt von 129 Tagen (1951–1980) auf 116 (1981–2010).

Ländliche Entwicklung – die Kraft des guten Beispiels

Das Thema Disparitäten zwischen Stadt und Land hat in den letzten Jahren deutlich an medialer und politischer Bedeutung gewonnen. Nicht zuletzt aufgrund der in Teilen sehr unterschiedlichen urbanen und ruralen Wahlergebnisse bei diversen Landtagswahlen sowie der Bundestagswahl 2017. Insbesondere

in Hessen wurden in den letzten Jahren Entwicklungen angestoßen, in die auch die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau einbezogen war.



von: Dr. Maren Heincke, Referat Ländlicher Raum
➔ m.heincke@zgv.info

In den Bereichen Regional- und Dorfentwicklung ist ein ehrlicher Fachaustausch über Erfolge und Misserfolge seit Langem weit verbreitete Praxis. Ländliche Räume sind sehr unterschiedlich strukturiert, stehen aber oft vor ähnlichen Herausforderungen. Viele ländliche Akteure sind gerne bereit, ihre Erfahrungsschätze mit Interessierten zu teilen. Im Rahmen der Dorf- und Regionalentwicklungspolitik spielen deshalb Modellvorhaben, die Weitergabe guter Beispiele sowie der regionsübergreifende Fachaustausch eine große Rolle. Um Transfor-

mationsprozesse zu mehr Nachhaltigkeit auf dem Land anzustoßen, werden viele Experimentalfelder zur Erprobung neuer Lösungsansätze benötigt. Hier einige Erfolgsgeschichten aus Hessen.

Medizinische Versorgung

Zum Thema Verbesserung der medizinischen Versorgung auf dem Land existieren bereits viele gute Ansätze. So gibt es in Nordhessen ehrenamtliche Fahrer*innen von Bürgerbussen oder Privat-PKW, die alte oder immobile Personen

direkt zu Fachärzt*innen hin- und zurückfahren, was oft Tagestouren entspricht. Die Lahn-Dill-Kliniken in Wetzlar stärken über ihre fest angestellten Ärzt*innen die hausärztliche Versorgung im Lahn-Dill-Kreis. Sehr gut qualifizierte Gemeindefachschwestern und -brüder erleben ein Revival. Sie dienen als kompetente Ansprechpartner*innen zu Hause oder in Dorfgemeinschaftshäusern und können z. B. einfache Aufgaben wie Verbandswechsel übernehmen. So werden lange Wege zu Hausarztpraxen erspart. Die Deutschen Blindenstudienanstalt in Marburg hat eine mobile Seniorenberatung. Per „SEHmobil“ werden in Dörfern des Landkreises Marburg-Biedenkopf stark sehbehinderte Senior*innen zu Hause besucht und kostenlos intensiv zu technischen Möglichkeiten beraten, die den Alltag erleichtern. Dies gibt vielen Älteren wieder Lebensmut und ermöglicht neue Formen der gesellschaftlichen Teilhabe.

Sport

Sportvereine sind oft einer der wenigen Orte, an denen Menschen sehr unterschiedlicher gesellschaftlicher Milieus ihre Freizeit zusammen verbringen. Um die Verjüngung der Sportvereine sicherzustellen, gibt es auf dem Land viele gute Ideen. So hat die Sportjugend im Werra-Meißner-Kreis einen „Sportpass“ entwickelt. Kinder und Jugendliche können dadurch kostenlos in Dutzende Sportvereine hineinschnuppern und ganz ver-



MENSCHEN IM LÄNDLICHEN RAUM

In **Hessen** lebt knapp die Hälfte der Bevölkerung (rund drei Millionen Menschen) in ländlichen Räumen (80 Prozent der Landesfläche).

In **Rheinland-Pfalz** wohnen etwa 1,3 Millionen Menschen (ca. 30 Prozent der Bevölkerung) in ländlichen Regionen (60 Prozent der Landesfläche).

schiedene Sportarten zwanglos ausprobieren. Vereine betreiben in Dörfern ehrenamtlich sonst längst geschlossene Freibäder. In vielen Dörfern gibt es ortsübergreifende Trainingsgruppen, um Mindestgrößen auf unterschiedlichem sportlichem Niveau sicherzustellen. Sportvereine beziehen vielerorts Flüchtlinge mit ein oder übernehmen den Nachmittagsunterricht an Schulen. Bei Neuanlagen wird oft auf kleinere Multifunktionssportplätze gesetzt, sodass mehrere Sportarten im Dorf auf dem gleichen, gut erhaltenen Platz durchgeführt werden können.

Kultur

Im Bereich der Kultur gibt es in den Dörfern sehr viele Aktivitäten, die zu schönen Gemeinschaftserlebnissen führen. Das Spektrum reicht von sehr hohem künstlerischem Niveau von Jugendorchestern bis hin zu vielen einfachen Mitmachmöglichkeiten wie Krippenspielen. Viele Gesangsvereine haben fusioniert – z. B. Männer- und Frauenvereine – oder ihr Musikrepertoire deutlich erweitert, um auch jüngere Menschen anzusprechen (z. B. Gospel). In der Rhön gibt es ein Projekt, bei dem etwa 30 alte, vergessene Klaviere neu gestimmt wurden und nun durch Hauskonzerte wieder belebt werden. Die Privathäuser öffnen so ihre Türen für ein interessiertes Publikum. Andere Dörfer bieten Theatergruppen, Sommer-Malakademien, Bands oder Land-Art-Angebote an. Bei Festen tritt die Land-

jugend mit Volkstänzen auf oder Brauchtumsvereine zeigen das weite Spektrum lokaler Kultur. Typisch ländliche Baukultur wird bewusst erhalten und gepflegt.

Kirche

Die Beteiligung der evangelischen oder katholischen Kirchengemeinden am Sozial- und Kulturleben der Dörfer ist unterschiedlich stark. Das Spektrum reicht von zentraler Koordinierungsfunktion im Dorf bis hin zur Marginalisierung. Lebendige Kirchengemeinden zeichnen sich durch viele stark engagierte Menschen, eine Vielzahl unterschiedlicher Angebote und eine gute Beteiligung an Dorffesten aus. Die Spendenbereitschaft für Sozialprojekte ist in vielen Dörfern erstaunlich hoch. Für das Sozialleben der Dörfer spielen die Feuerwehren häufig eine große Rolle. Alte oder neue, informelle oder organisierte Formen der Nachbarschaftshilfe sind weitverbreitet. Es gibt experimentelle Wohnformen, Mehrgenerationenhäuser, winterliche Strickstuben, ins Dorfgeschehen integrierte Kitas und Senioreneinrichtungen oder Dorfschulen, die den sozialen Mittelpunkt bilden.

Ökologie

Auch im Bereich Ökologie zeigen viele Dörfer Erstaunliches – z. B. Beweidungsprojekte mit Wasserbüffeln, Gemeinschaftsschafherden, Dorf-Weinberge mit professioneller Weinherstellung im

ZGV IM EINSATZ

Durch die Teilnahme an unterschiedlichen Gremien profitiert die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau vom Wissenstransfer und kann gleichzeitig eigene Werthaltungen, Anliegen und Fachimpulse in interdisziplinäre Gremien einbringen.

Ein Beispiel dafür ist 2018 die Teilnahme an der Landesjury „**Unser Dorf hat Zukunft**“. Dabei wurden 18 Dörfer in Hessen für den Landesentscheid intensiv besucht und bewertet. Das ZGV ist außerdem seit Jahren in der Demografiejury der Hessischen Staatskanzlei vertreten sowie im landesweiten Kompetenznetz „**Vitale Orte 2030**“.

Zusätzlich ist das ZGV als Wirtschafts- und Sozialpartner im **ELER-Begleitausschuss** des Landes Hessen vertreten (2. Säule der EU-Agrarpolitik). Dort wird für die Förderperiode 2014–2020 über öffentliche Mittel in Höhe von 647 Millionen Euro beraten. Hinzu kommt ein Netzwerk für Frauen im ländlichen Raum.

In Rheinland-Pfalz ist das ZGV ebenfalls Mitglied des ELER-Begleitausschusses. In der Förderperiode 2014–2020 fließen 663 Millionen Euro an EU-, Bundes- und Landesmitteln in die ländlichen Räume.

Außerdem begleitet das ZGV seit 2011 den bundesweit beachteten **WEGE-Prozess** der Verbandsgemeinde Daun in der Eifel. WEGE steht für „**Wandel erfolgreich gestalten**“. Der Regionalentwicklungsprozess beruht auf der mit Bürgern zusammen entwickelten Vision „In der Verbandsgemeinde Daun leben – in einer gesunden Welt zu Hause! Gesunder Lebens-, Wohn- und Arbeitsort“.

Vogelsberg, Naturlehrpfade, Neuanlage und Erhalt von Alleen, Hecken, Blühstreifen oder Streuobstwiesen. Besonderheiten sind große Mohnfelder als riesige Farbflecken in der Landschaft, der Erhalt alter Nutzpflanzen und Nutztierassen oder neue generationsübergreifende, barrierefreie Gemeinschaftsgärten.

Die ländliche Bevölkerung zeigt an vielen Orten starke Eigeninitiative und wegweisende Zukunftsideen. In der allgemeinen Wahrnehmung stehen ländliche Räume hingegen oft nur für Schrumpfung, Abgehängtsein und Pessimismus. In der Realität gibt es einen Flickenteppich unterschiedlichster Dorf- und Regionalentwicklungen. Erfolgreiche Lösungsbeispiele geben Kraftimpulse für viele andere Dörfer. Sie sind es wert, breiter bekannt gemacht zu werden. ■



Die „Baumelbank“ in Eifa:
Treffpunkt für Menschen
verschiedenen Alters.



JUGENDPOLITISCHE BILDUNG

„Ein Herz für Whistleblower?“ Escape-Adventure-Game für die Jugendarbeit

„Wir erleben mit der sogenannten Digitalisierung aller Lebensbereiche einen gigantischen ökonomischen, gesellschaftlichen und kulturellen Öffnungsprozess ins Ungewisse, von dem KEINER im Augenblick sicher sagen kann, wohin die darin sichtbar werdende komplexe und äußerst facettenreiche Überlagerung der vielfältigen Teilentwicklungen, Synergien, Widersprüche und Gefahren der digitalen Transformation unsere Gesellschaft führen wird“ (Sühlmann-Faul, Rammler 2018, S. 14).



von: Annika Gramoll, Referat Jugendpolitische Bildung
➔ a.gramoll@zgv.info

Die Lebenswelt junger Menschen

Die Lebenswelt junger Menschen ist digitalisiert, sei es in der Schule durch online abrufbare Stundenpläne oder im Studium, in dem die Hauptorganisation über Onlineplattformen läuft. Auch in Privathaushalten ist die Geräteausstattung hoch, die Verbreitung virtueller Assistenten wie Amazons Alexa und ähnlichen wächst. 97 Prozent der 12- bis 19-Jährigen in Deutschland besitzen ein Smartphone (JIM-Studie 2018, S. 8). Damit lässt sich von einer fast flächendeckenden Ausstattung sprechen.

Die Geschwindigkeit der Digitalisierung und damit einhergehend der Zugriff junger Menschen auf die Technologie stellt eine besondere Herausforderung dar. Konnten Lernprozesse in vorherigen Generationen von einer auf die nächste weitergegeben werden, so werden nun mehrere Generationen zeitgleich vor dieselben Anforderungen gestellt. Eltern lernen parallel mit ihren Kindern auf aktuelle Entwicklungen zu reagieren. Damit sind auch Jugendbildung und -arbeit gefordert, Methoden und Konzepte zu erarbeiten, damit Jugendliche einen selbstbestimmten Umgang erlernen und eine Haltung entwickeln können.

Escape-Adventure-Game als Methode

Mit dem Escape-Adventure-Game entwickelt das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung mit der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (et) ein Angebot, sich mit den Folgen der Digitalisierung für unsere Gesellschaft und für unsere Demokratie auseinanderzusetzen. Die Grundstruktur der Methode lehnt sich an einen aktuellen Trend, die sogenannten „Escape Rooms“ an. In einem Escape Room hat eine Gruppe die Aufgabe, innerhalb von sechzig Minuten Rätsel zu lösen, die dazu füh-



DIE AUSGANGSSITUATION DES ESCAPE-ADVENTURE-GAMES: IM JAHR 2025 ENTWICKELT DER KONZERN „GENERAL SOLUTIONS“ EINEN ALGORITHMUS, DER IN VERBINDUNG MIT EINER KOMPLETTEN VERNETZUNG UND DATAFIZIERUNG DES ALLTAGS UNSER VERSTÄNDNIS VON FREIHEIT UND DEMOKRATIE GRUNDLEGENDE VERÄNDERN KÖNNTE.



der digitalen Gesellschaft heißt (aber) auch, sich über die Nutzung von Medien im Alltag und vor allem die eigenen digitalen Spuren bewusst zu werden. Themen wie das Verständnis von Öffentlichkeit und Privatheit im Netz gehören hier ebenso in das Blickfeld wie die zunehmende Durchdringung des alltäglichen Lebens durch das „Internet der Dinge“ und die systematische Speicherung und Auswertung von Daten unter dem Stichwort „Big Data“ (ET 2018). Ziel ist es, junge Menschen in der Entwicklung ihrer (digitalen) Mündigkeit zu unterstützen. Sie sollen für die Themen sensibilisiert werden, sowie Fachkenntnisse zum aktuellen Diskurs erlangen.

Kirche gestaltet mit

Wird Digitalisierung als ein ganzheitlicher und gesamtgesellschaftlicher Umbruchprozess verstanden, so ist Kirche als Teil dessen auch Mitgestalterin.

Der digitale Umbruchprozess bringt neben vielen Erleichterungen auch Herausforderungen mit sich, wie z. B. der Umgang mit Manipulation oder ständiger Kontrolle oder den Zwang zur Selbstoptimierung. Nicht zuletzt stellt sich damit auch die Frage nach der persönlichen Freiheit als Voraussetzung für ein demokratisches Gemeinwesen.

Ein gutes Beispiel, wie Kirche versucht, sich in den Prozess einzubringen, ist das Escape-Adventure-Game. Es unterstützt auf sensible und lehrreiche Art und Weise, die Herausforderungen der Digitalisierung wahrzunehmen. Zum Spiel und den Möglichkeiten seiner Auswertung wird ein begleitendes Handbuch entwickelt. ■

ren, die Situation, die durch eine vorab eingeführte Geschichte aufgebaut wurde, aufzulösen.

Im Falle des entwickelten Escape-Adventure-Games werden die Teilnehmenden mit folgendem Szenario konfrontiert: Im Jahr 2025 entwickelt ein großer Technologiekonzern namens „General Solutions“ einen Algorithmus, der in Verbindung mit einer kompletten Vernetzung und Datafizierung des Alltags unser Verständnis von Freiheit und Demokratie grundlegend verändern könnte. Die Teilnehmenden werden nach dem Lösen der Rätsel als Gruppe damit konfrontiert, ob sie das System unterstützen oder einen Weg wählen, mit dem sie sich gegen das System stellen.

Den realen Hintergrund bieten dabei nicht nur die Geschäftsmodelle und Anwendungen von Google, Facebook, Amazon und anderen Internetfirmen. Auch staatliche Akteure nutzen die umfangreichen Datensammlungen für ihre Zwecke. Nicht einmal der im Spiel zu verhindernde „General Score“ entspringt dabei dem Reich der Fantasie: In der Volksrepublik China ist die Einführung eines „Social Score“-Systems im Gange.

So ergeben sich aus dem Escape-Adventure-Game vielfältige ethische und politische Fragen: Stellt man sich gegen das System, indem man sich mit einem Whistleblower oder einer Whistleblowerin verbündet? Wer bestimmt in einer zunehmend digitalisierten Welt, welche Daten gesammelt und zu welchem Zweck sie

ausgewertet werden dürfen? Welche Gefahren ergeben sich aus der Nutzung von Big Data für die Menschenwürde, Gesellschaft und Demokratie? Inwiefern trägt jede*r von uns zur Datensammlung bei und beschränkt möglicherweise die Freiheit? Das Escape-Adventure-Game stellt so Bezüge zwischen aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen und dem individuellen Handeln her.

Das bundesweite Projekt ist Ausdruck des Selbstverständnisses der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung. In deren Gestaltungsprinzipien heißt es: „Leben in

LESETIPPS

Sühlmann-Faul, Felix; Rammler, Stephan 2018: Der blinde Fleck der Digitalisierung. Wie sich Nachhaltigkeit und digitale Transformation in Einklang bringen lassen. Oekom Verlag, München.

Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (mpfs) 2017: JIM 2017. Jugend, Information, (Multi-) Media. Basisstudie zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger in Deutschland. Stuttgart.

Corsa, Mike; Freitag, Michael (Hg.) 2018: #immerandersweiter. Bericht über die Lage der jungen Generation und die evangelische Kinder- und Jugendarbeit 2018. Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend in Deutschland

Et – Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung www.politische-jugendbildung-et.de/themen/fokusthemen/

Wie stärkt Kirche Demokratie? Erfahrungen aus dem ersten Projektjahr

Das ZGV-Projekt Demokratie stärken ist sehr gefragt: Viele Gemeinden und Gremien innerhalb und außerhalb der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) möchten klären, wie sie mit wachsender gesellschaftlicher Polarisierung und menschenfeindlichen Tendenzen umgehen können. Das Bedürfnis nach Austausch und Beratung ist hoch – die Bereitschaft sich aktiv einzubringen auch.



von: Matthias Blöser, Projekt Demokratie stärken
➔ m.bloeser@zgv.info

Das Projekt Demokratie stärken läuft seit gut einem Jahr. Zeit für eine erste Zwischenbilanz. Die Resonanz auf das neue Angebot ist sehr hoch und positiv. Kirchliche Gremien und Einrichtungen, zahlreiche Dekanate und einzelne Gemeinden sind im intensiven Kontakt mit dem Projekt, um über für sie zentrale Fragen rund um Demokratie, Populismus und Menschenfeindlichkeit zu beraten.

Angebote zur Stärkung der Demokratie

Um das Projektziel eines stabilen Netzwerks in diesem Themenbereich zu erreichen, werden verschiedene konkrete Angebote entwickelt. Ein gutes Beispiel ist die vom Projekt Demokratie stärken in Konzeption und Umsetzung unterstützte Fortbildung zur Demokratielotsin oder zum Demokratielotsen in der Diakonie Hessen: Hier werden in mehreren Staffeln Multiplikator*innen aus der Breite der Diakonie ausgebildet, um schließlich in ihrem Umfeld für Demokratie einzustehen. Dabei vernetzen sich die Absolvent*innen der jeweiligen Kursstaffeln und stehen sich gegenseitig für Austausch und Unterstützung zur Verfügung.

Andere gut angenommene Angebote waren die Fachtage zu digital-demokra-

tischer Streitkultur und zu Rechtspopulismus in der Jugendarbeit, ein Workshop zu Geschlechtergerechtigkeit sowie der Diskussionsabend „Demokratie-Retter sein“. Besonders eindrücklich war die

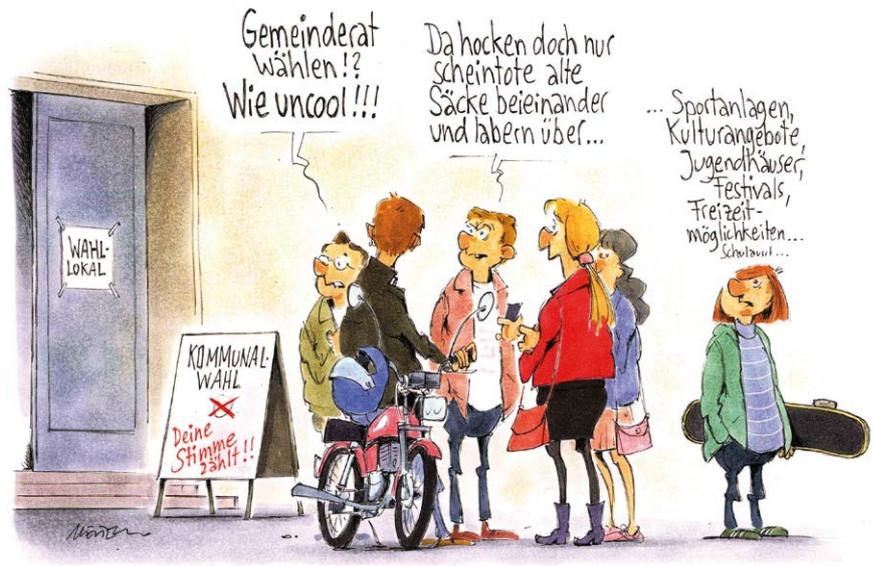
Diskussion mit langzeiterwerbslosen Menschen in Erbach (siehe S. 36), da sich hier zeigte, wie sich durch ein besonderes Diskussionsformat demokratische Teilhabe stärken lässt.

Die wichtige Rolle der Dekanate und Kirchengemeinden

Im Rahmen des Projekts werden zahlreiche Vorhaben auf Dekanatsebene umgesetzt. Hier ist Kirche vor Ort lebendig und sichtbar. Hier sind Fragen zum christlichen Umgang mit Populismus, Verunsicherung und bewusster Verächtlichmachung von Demokratie und Menschenrechten besonders nah. Zugleich wird deutlich, dass die Dekanate, die sich aktiv in zivilgesellschaftliche und sozialpolitische Netzwerke einbringen und diese mitgestalten, besonders gut aufgestellt sind, um den Herausforderungen in Kirche und Gesellschaft zu begegnen. Wo Netze der Begegnung und Zusammenarbeit eng geknüpft sind, lässt sich der Zusammenhalt in Gemeinde, Dekanat und Gesellschaft wirksam stärken. Dort, wo Kirche sich als eine deutlich hörbare Stimme mit den eigenen Botschaften einbringt, kann sie unsere pluralistische



Gesellschaft mitgestalten. Vor Ort zeigt sich, dass die von öffentlichen Aktivitäten für Demokratie und gegen Menschenfeindlichkeit ausgehende Botschaft positiver und hoffnungsvoller werden kann, wenn sich Dekanate, Kirchengemeinden und andere kirchliche Gruppen klar öffentlich positionieren und sich in die Gestaltung von Aktivitäten einbringen. Viele Christ*innen engagierten sich dafür, dass hierbei weniger das Trennende, sondern mehr das Verbindende und Mutmachende betont wird. Dies tun sie aus der menschenfreundlichen Grundhaltung des Evangeliums heraus nicht beliebig, sondern mit einer klaren Absage an demokratie- und menschenfeindliche Positionen. In allen Dekanaten und sonstigen Einrichtungen der EKHN werden die Fragen kirchlichen Handelns mit großer Ernsthaftigkeit diskutiert. Besonders erfreulich ist die hohe Resonanz auf und die praktische Arbeit mit dem Projekt Demokratie stärken im ZGV. Angesichts wachsender antidemokratischer Tendenzen sind zunehmend mehr Menschen in- und außerhalb der Kirche dafür sensibilisiert, dass Demokratie als Prozess im kollektiven Handeln entsteht und immer wieder neu lebendig werden muss.



Unterstützung für Kirchenvorstände

Für Fragen zum Umgang mit rechtspopulistischen und anderen menschenrechtsverletzenden Aussagen und Tendenzen bietet eine vom Projekt Demokratie stärken mit erarbeitete Orientierungshilfe der Kirchenleitung Unterstützung: Man findet darin eine Analyse des Phänomens Rechtspopulismus, theologische Anregungen und rechtliche Leitlinien (siehe Kasten „Link zu Arbeitshilfen“).

Brücke zwischen Wissenschaft und kirchlicher Praxis

Besonders deutlich zeigte sich die Relevanz des Projekts Demokratie stärken auf der Tagung „Die Kirchen und der Populismus“, die die Schader-Stiftung mit der Konferenz der deutschsprachigen Pastoraltheologen und Pastoraltheologinnen sowie der Fachgruppe Praktische Theologie der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Theologie im September 2018 in Darmstadt veranstaltete. Die dort vorgestellten Praxiserfahrungen und Thesen des Projekts Demokratie stärken zur nötigen Strategie im kirchlichen Umgang mit Demokratie- und Menschenverachtung fanden die teilnehmenden Wissenschaftler*innen sehr hilfreich, um ihre Arbeit mit Blick auf kirchliche Praxis zu verorten. Die Diskussionen haben gezeigt, wie wichtig es ist, positive Bilder der Hoffnung und Ermutigung stark zu machen, anstatt

Angst schürendem Populismus nachzugeben. Es wurde eindrücklich, wie tragfähig die christliche Botschaft der Liebe und Hoffnung ist und wie sie Identität, Halt und Kraft geben kann zur Gestaltung von Leben und Gesellschaft. Verankert im Glauben können Christ*innen sich aktiv, kritisch und streitbar für Demokratie und Menschenrechte einsetzen – im persönlichen Umfeld, am Arbeitsplatz und in gesellschaftlichen Debatten.

Um die Brückenfunktion zwischen Wissenschaft, Zivilgesellschaft und kirchlicher Praxis zu stärken, ist das Projekt unter anderem in den wissenschaftlich begleiteten Beratungsnetzwerken für Demokratie gegen Rechtsextremismus in Hessen und Rheinland-Pfalz verankert, ist Mitglied in der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus und arbeitet eng mit Evangelischen Akademien zusammen. Aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse werden so laufend in die praktische Arbeit eingebracht. Ein bleibend guter Leitsatz für das christliche Engagement für Menschenfreundlichkeit und Demokratie begleitet das Projekt Demokratie stärken hierbei auch künftig: Nächstenliebe leben, Klarheit zeigen. ■

LINK ZU ARBEITSHILFEN

<https://unsere.ekhn.de/themen/demokratie-staerken.html>



VIELE CHRIST*INNEN ENGAGIERTEN SICH DAFÜR, DASS HIERBEI WENIGER DAS TRENNENDE, SONDERN MEHR DAS VERBINDENDE UND MUTMACHENDE BETONT WIRD.

Gegen den Wegwerfwahn – für ein gutes soziales Miteinander: Das Repair Café des evangelischen Dekanats Mainz feierte sein fünfjähriges Bestehen



Auf mehr als fünf Jahre eines fröhlichen Zusammenwirkens für mehr Nachhaltigkeit, Ressourcenschonung, ein besseres soziales Miteinander und nicht zuletzt ein Voneinander-Lernen kann das große Team des Mainzer Repair Cafés inzwischen zurückblicken.

von: Gisela Apitzsch, Referentin für Gesellschaftliche Verantwortung, Ev. Dekanat Mainz
 apitzsch.g@weg.de

Seit April 2013 repariert einmal monatlich eine Gruppe von Expert*innen mit breit gefächerten Kompetenzen kostenlos und ehrenamtlich gemeinsam mit den Besucher*innen des Repair Cafés vom Mixer über den Fernseher bis zum Computer nahezu alle Art von tragbaren elektrischen und elektronischen Geräten, zudem Fahrräder, Spielzeug, Kleinmöbel, Modeschmuck und Textilien. In kniffligen Fällen können Ersatzteile im 3-D-Drucker hergestellt werden.

Die Erfolgsbilanz kann sich sehen lassen: Zwischen 60 und 70 Prozent der Reparaturversuche verlaufen erfolgreich, mehrere Tausend Gegenstände konnten bereits wieder instand gesetzt werden.

Im Repair Café lernen Menschen, Dinge des alltäglichen Bedarfs neu wertzuschätzen und die eigenen Konsumgewohnheiten wie unseren Umgang mit den knapp werdenden Ressourcen kritischer zu hinterfragen. Jede*r kann so ein klein wenig selbst dazu beitragen, dass im ausgehenden Erdölzeitalter der Prozess der „großen Transformation“ gelingt.

Fast zwei Millionen Tonnen Elektroschrott werden pro Jahr allein in Deutschland erzeugt. Unmengen von Geräten landen



täglich auf den Müllhalden. Nach einer einfachen Reparatur könnten die meisten wieder verwendet werden. Die Lebensdauer vieler Produkte wird von den Hersteller*innen bewusst niedrig gehalten, Schwachstellen werden oftmals planmäßig vorgesehen, um den Kreislauf „kaufen – kurzzeitig nutzen – wegwerfen – neu kaufen“ in Schwung zu halten.

Die Verbraucher*innen kommt das teuer zu stehen und unter ökologischen Gesichtspunkten sind die wachsenden Berge von nicht abbaubarem Müll längst jenseits dessen, was auf unserem Planeten gegenüber Mensch, Tier und Umwelt verantwortbar ist.

Die 2009 von Martine Postma in Amsterdam ins Leben gerufene Repair-Café-Bewegung, in die sich das Projekt des evangelischen Dekanats als erste Initia-

tive in Rheinland-Pfalz einreichte, möchte gegen diese Entwicklung ein Zeichen setzen. Die Erfahrung der Initiative zeigt, dass es viel Spaß macht und gemeinsam gar nicht so schwierig ist, etwas zu erhalten, statt es einfach dem Müll anheim zu geben. Ganz nebenbei eröffnet der Austausch im Repair Café, bei dem in Mainz den monatlich rund 100 Besucher*innen immer auch ein Büffet geboten wird, den Weg dazu, nette und interessante Menschen kennenzulernen.

Wert wurde von Anfang an darauf gelegt, das Projekt durch konsumkritische Film- und Vortragsveranstaltungen zu begleiten und mit artverwandten Initiativen zu vernetzen.

Das Team des Mainzer Repair Cafés vergrößerte sich so kontinuierlich. Gegenwärtig sind mehr als 40 Ehrenamtliche aller Altersgruppen im Repair Café aktiv, vom jungen Nanotechnologen, über den afghanischen Schneidermeister, die Bauingenieurin mit Freude an Holzarbeiten bis zum Elektromeister im Ruhestand.

In Mainz ist das Angebot des Repair Cafés nicht auf Reparaturarbeiten beschränkt. Es findet stets auch ein Kleideraustauschtreff statt. Im „Umsonstladen“ kann man Überflüssiges aus dem eigenen Haushalt abgeben und kostenlos mitnehmen, was andere nicht mehr benötigen.

Es stimmt hoffnungsfroh, dass Bewegungen wie die der Repair Cafés inzwischen in ganz Deutschland und darüber hinaus rasant wachsen! ■

LINKS: REPAIR CAFÉ

www.repaircafemainz.de
www.facebook.com/RepairCafeMainz



Europaministerin Lucia Puttrich bei der Eröffnung der Schäferwagenherberge.

AUS DER REGION

Mehr als Schäfchen zählen! Wie Kirche und Regionalentwicklung erfolgreich an einem Strang ziehen



„Mehr als Schäfchen zählen“, heißt es seit dem 1. Mai 2018 im Hungener Stadtteil Nonnenroth. Nach vier Jahren intensiver Planungsarbeit und einem Jahr Bauzeit stehen sechs nach historischem Vorbild gebaute Schäferwagen und ein modernes Servicehaus idyllisch auf einer Obstbaumwiese am Ortsrand.

von: Doris Wirkner, Referentin für Gesellschaftliche Verantwortung und Bildung in den Dekanaten Grünberg, Hungen und Kirchberg
✉ doris.wirkner@ekhn-net.de

Unter Federführung der Kirchengemeinde Nonnenroth und des Dekanats Hungen finden hier nun Wandernde, Pilgerinnen und Pilger sowie Naturfreundinnen und -freunde aus Nah und Fern für eine Nacht, ein Wochenende oder eine Ferienreise eine besondere Übernachtungsmöglichkeit. Vor allem aber ist die Anlage Ausgangspunkt für ein Naturerlebnis, ob spiritueller oder touristischer Art. Zwei Arbeitsplätze sorgen für den qualitativ hohen Standard, das Dekanat übernimmt Marketing und Rechnungswesen. Zur Eröffnung der Schäferwagen-Herberge, deren Eigentümer die Stadt Hungen ist, würdigte die hessische Europaministerin Lucia Puttrich das Projekt als ein besonderes Beispiel des Engagements unterschiedlicher Akteure zum Wohle einer Region.

Zwischen Vogelsberg und Wetterau liegt Nonnenroth. Rund 700 Menschen leben hier in unmittelbarer Nähe zur kleinen Schäferstadt Hungen. Idyllisch fügt es sich in eine seit Jahrhunderten von Schafzucht geprägten Natur mit einer einzigartigen Flora und Fauna ein. Im Regio-

nalentwicklungsplan des Landkreises Gießen hat daher der Aspekt Tourismusförderung einen besonderen Stellenwert.

Kirchengemeinde und Dorfgemeinschaft sind eng miteinander verbunden. Als 2013 erste Überlegungen über den Verlauf des Lutherweges 1521, also der Reise Martin Luthers nach Worms, angestellt wurden, waren die Nonnenröther sofort hellhörig. Historische Untersuchungen ließen vermuten, dass der Reformator auf dem Gebiet der heutigen Gemeinde übernachtet hat. Dies zum Wohle des Ortes zu nutzen gebar die Idee, eine Herberge zu schaffen. Damit sollten auch Arbeitsplätze geschaffen werden. Es traf sich günstig, dass zu demselben Zeitpunkt die Verhandlungen über ein neues Regionalentwicklungskonzept im Gießener Land liefen. Im dafür zuständigen regionalpolitischen Gremium vertritt die Fachstelle Gesellschaftliche Verantwortung die Interessen der Kirche. Die Kirchengemeinde beauftragte sie, die Idee einzubringen, um eine spätere Förderung aus dem europäischen Förderprogramm LEADER zu ermöglichen.

Von Nonnenroth nach Brüssel und zurück

Doch bis dahin war es noch ein weiter Weg. Als sich die kreativen Ideen vom Heuschober bis zum ehemaligen Kühlhaus zerschlagen hatten, kam in einer nächtlichen Kirchenvorstandssitzung der zündende Gedanke, Schäferwagen als Übernachtungsmöglichkeit einzurichten.

Damit stand der Projektrahmen fest, nachdem ein idyllischer Platz mit Obstbaumbestand gefunden war. Die Fachstelle erstellte eine Projektskizze und der Antrag wurde in das LEADER-Fördergremium eingebracht. Durch die Einbindung der Kommune als Projektträger konnte eine wesentlich höhere Förderung des mittlerweile rund 270.000 Euro umfassenden Projektes ermöglicht werden.

Im Sommer 2017 erfolgte der erste Spatenstich. Nach reger Bautätigkeit und rund 4.000 Stunden ehrenamtlicher Arbeit durch freiwillige Helferinnen und Helfer kann man in der Schäferwagen-Herberge nun weit mehr als Schäfchen zählen! ■

Sich nachhaltig kleiden macht Spaß: zum Beispiel bei einer Kleidertauschparty



Im Rahmen der Themenreihe „Weniger ist mehr“ fand am 27. Oktober im Volkshaus Klein-Gerau zum zweiten Mal eine Kleidertauschparty statt, zu der das Pfarramt Gesellschaftliche Verantwortung des Dekanats Groß-Gerau-Rüsselsheim, die Evangelische Kirchengemeinde Klein-Gerau und der Verein ohne Grenzen e. V. Büttelborn eingeladen hatten.

von: Pfarrerin Ellen Simon, Ev. Dekanat Groß-Gerau-Rüsselsheim
ellen.simon.dek.gross-gerau@ekhn-net.de

Laut einer Greenpeace-Erhebung werden von den 5,2 Milliarden Kleidungsstücken in unseren Kleiderschränken 40 Prozent sehr selten oder nie getragen. Zugleich geben die Deutschen immer mehr Geld für Textilien aus, obwohl es die zu immer niedrigeren Preisen gibt. Kurzum: Wir verbrauchen Kleidung wie Pappbecher. Und dass kommerzielle Mode oft unter menschenunwürdigen Bedingungen hergestellt wird, wissen wir spätestens seit dem Einsturz des Fabrikgebäudes Rana Plaza im Jahr 2013, bei dem mehr als 1.000 Näherinnen in Bangladesch ums Leben kamen.

Vor diesem Hintergrund und aus der Erfahrung, dass frau viele schöne Klamotten im Kleiderschrank hat, die sie nicht mehr anzieht oder vielleicht auch nie angezogen hat, entstand die Idee einer Kleidertauschparty. Das Prinzip ist ganz einfach:

- Bring bis zu fünf gute Klamotten mit, die – aus welchen Gründen auch immer – ein Schattendasein in deinem Schrank fristen.
- Und nimm bis zu fünf „neue“ Klamotten wieder mit nach Hause. Schon hast du ein neues Outfit!

Alles, was übrig bleibt, kommt in das Kleiderhaus des Vereins ohne Grenzen e. V., wo sich vor allem geflüchtete Menschen günstig einkleiden können. Der Eintritt zur Tauschparty ist frei. Bei Kaffee und Kuchen können Klamotten in Ruhe probiert, kombiniert und getauscht werden.

Und auch die Vorbereitungszeit hält sich in Grenzen. Schnell sind im Team – in unserem Fall Frauen aus dem Verein ohne Grenzen e. V. und der Eine-Welt-Initiative der Kirchengemeinde – einige Tische in Hufeisenform aufgestellt und mit Schildern bestückt von XS bis XL. Es braucht noch ein paar Kleiderständer für Jacken,



Mäntel und Kleider, zwei Spiegel und eine provisorische Umkleidekabine. Und schon kann es losgehen.

Schon beim ersten Mal im Juni waren die 30 Frauen, die zur Party kamen, mit großem Spaß bei der Sache und es wurde getauscht, was das Zeug hält. Es wurde viel gelacht und es entstand eine lockere und humorvolle Atmosphäre. Keine ging, ohne etwas für sich gefunden zu haben.

Beim zweiten Mal im Oktober kamen bereits 60 Frauen aller Generationen, um ihre Herbst- und Winterkleidung mit getauschten Klamotten zu ergänzen und gleichzeitig ihre eigenen Kleiderschränke zu entlasten. Dass das Laune macht und gleichzeitig eine Art ist, sich nachhaltig zu kleiden, hatte sich herumgesprochen. Weniger ist dann wirklich mehr.

Kirchenvorsteherin Silvia Dreher ist begeistert: „Hier kommen Frauen zusammen, die das Nachhaltigkeitsprinzip gut finden. Es ist auch ein Treffpunkt und die Atmosphäre ist gut.“

„Ökologisch und sozial!“, bringt Marie Diehl die Kleidertauschparty auf den Punkt. „Das ist das Beste, was man

machen kann: Ressourcen, die man hat, miteinander zu teilen.“

Kooperationspartner der Kleidertauschaktion sind:

- die Evangelische Kirchengemeinde Klein-Gerau, die sich auf den Weg gemacht hat, das Nachhaltigkeitszertifikat „Grüner Hahn“ zu erwerben.
- der Verein ohne Grenzen e. V. Büttelborn, der sich in der aktiven Begleitung von geflüchteten Menschen in der Gemeinde Büttelborn engagiert und u. a. ein Kleiderhaus betreibt.
- das Pfarramt für Gesellschaftliche Verantwortung „Entwicklung im ländlichen Raum in urbaner Umgebung“ des Evangelischen Dekanats Groß-Gerau-Rüsselsheim.

In der Reihe „Weniger ist mehr“ ging es neben dem Kleidertausch im Jahr 2018 um weitere Themen der Nachhaltigkeit wie die Verkehrswende, ressourcenschonende Modelle der Nachverdichtung in Metropolregionen oder um unseren Umgang mit Tieren. ■

Wie Bilder das Positive verstärken: Video-Interaktions-Begleitung in der Jugendwerkstatt Gießen



Im Zeitalter von Youtube haben die meisten jungen Menschen wenig Berührungsangst mit der Videokamera. Viele interessieren sich dafür, wie sie wirken und ob sie selbstbewusst auftreten. Da setzt die Video-Interaktions-Begleitung (VIB®) an.

von: Pfarrerin Anette Bill, Jugendwerkstatt Gießen
 anette.bill@jugendwerkstatt-giessen.de

Ziel ist es, mit dem Einsatz der Videokamera positives Kommunikationsverhalten zu verstärken und den Blick auf positive Verhaltensweisen zu lenken. Die Jugendlichen der Jugendwerkstatt Gießen entscheiden selbst, ob sie das Angebot annehmen und an welchen Themen und Fragen sie arbeiten möchten.

Und so geht's

Im Erstgespräch klärt die Pädagogin der Jugendwerkstatt Gießen Elke Hopf über die Methode auf. Anschließend werden drei bis vier Aufnahmetermine vereinbart.

Die Video-Interaktions-Begleiterin bespricht mit den Einzelnen kleine Schritte, die sie verändern wollen, z. B. Blickkontakt aufnehmen, lauter sprechen, auf

Leute zugehen, oder zeigt auf, wo Jugendliche bereits selbstbewusst wirken, z. B. beim Singen in der JuWe-Band. Das wird dann gefilmt. Aus den zehnminütigen Filmen schneidet die Video-Interaktions-Begleiterin positive Szenen aus. Sie zeigt sie den Akteuren mehrfach in kleinen Sequenzen. Im Gespräch darüber werden positive Veränderungen herausgearbeitet. „Was machst du hier anders, dass es gelingt? Könntest du das noch mehr machen?“ Oder „Was könntest du noch tun?“. Die Bilder verdeutlichen, welche Aspekte zu gelingender Kommunikation beitragen, wie z. B. Blickkontakt, freundliches Zuwenden, Nachfragen, Bestätigen, Zustimmung.

Gerade für Jugendliche, die gelernt haben, nur auf das Negative zu schauen, ist dieser Perspektivenwechsel sehr heil-

JUGENDWERKSTATT GIESSEN

Die Jugendwerkstatt Gießen gGmbH hilft Menschen beim Einstieg oder Wiedereinstieg in Beruf und Arbeit. Als Qualifizierungseinrichtung mit betriebsnahen Strukturen vermittelt sie Menschen realitätsbezogene Erfahrungen mit der Arbeitswelt und ihren Anforderungen. Darüber hinaus bietet sie die Möglichkeit, berufliche und Alltagsqualifikationen zu erwerben, die den Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen bzw. erleichtern sollen. In verschiedenen Werkstätten und Arbeitsbereichen werden bis zu 250 Qualifizierungsplätze angeboten, davon ca. 50 für eine komplette Berufsausbildung für junge Menschen.

www.jugendwerkstatt-giessen.de



VIDEO-INTERAKTIONS-BEGLEITUNG

Die Methode der Video-Interaktions-Begleitung (kurz VIB) wurde seit den 1970er-Jahren in den Niederlanden entwickelt und zur Beratung und Unterstützung von Familien mit Erziehungs- und Kommunikationsproblemen genutzt. Seit 1992 kommt die Methode auch in Deutschland zur Anwendung. 1996 wurde der Verein SPIN Deutschland gegründet, der eine zertifizierte Weiterbildung anbietet.

Elke Hopf (links) im Erstgespräch

sam. Den Blick darauf zu richten, was gut gelingt, wo die eigenen Stärken liegen, nimmt die Anspannung und öffnet Raum für Neues. Das hilft dann auch in stressigen Arbeitssituationen, wenn es Ärger gibt oder nicht alles rund läuft. Elke Hopf filmt die Jugendlichen auch in der Interaktion mit den Kolleg*innen und mit den Ausbilder*innen. Dabei ist die Videokamera für die Ausbilder*innen oft eine größere Hürde als für die Jugendlichen. Doch wenn sich beide Seiten auf das Experiment einlassen, profitieren sie gleichermaßen von der Auswertung der Bilder. Auch hier gilt das Prinzip: Es werden nur die positiven Bilder, die gelingende Kommunikation gezeigt. Und das kommt an.

Die Video-Interaktions-Begleitung macht den Jugendlichen Mut, sich selbst positiv wahrzunehmen, sich den Anforderungen und Aufgaben zu stellen und sich nicht zurückzuziehen. Dadurch wachsen Selbstwert und Kommunikationsfähigkeit. ■

„Deine Chance – Integration durch Bildung“: Unterstützung zum Einstieg in den Arbeitsmarkt



Das Projekt „Deine Chance – Integration durch Bildung“ der Evangelischen Familienbildung Main-Taunus vermittelt seit 2015 Geflüchteten die deutsche Sprache und Kultur mit dem Ziel einer gelingenden Integration in Arbeitsmarkt und Gesellschaft.

von: Sabina Ihrig, Dekanat Kronberg
☞ sabina.ihrig@dekanat-kronberg.de

DAS ZEICHNET UNS AUS

- ▶ kleine Kurse zwischen 8 und 16 Kursteilnehmenden,
- ▶ an die Zielgruppe angepasstes Lerntempo,
- ▶ Sprachkursteilnahme auch während des Asylverfahrens,
- ▶ regelmäßige Überprüfung des Leistungsstands,
- ▶ die Möglichkeit Niveaustufen zu wiederholen,
- ▶ gezielte Förderung außerhalb des Unterrichts in Kleingruppen, Eins-zu-eins-Betreuung,
- ▶ täglich 3,5 Stunden Babysitting parallel zum Unterricht,
- ▶ Computer- und Leseraum zur freien Verfügung,
- ▶ intensive Begleitung beim Übergang in die Ausbildung,
- ▶ individuelle Unterstützung bei Stellensuche und Bewerbungsverfahren,
- ▶ Infoveranstaltungen zur Aufklärung über Werte, Normen und Gepflogenheiten im gesellschaftlichen Leben in Deutschland,
- ▶ gemeinsame Freizeitaktivitäten von Alt- und Neubürgern,
- ▶ Begegnungsstätte geprägt von persönlichem Kontakt und individueller Betreuung.

KONTAKT: „DEINE CHANCE“

Königsteiner Straße 6a
65812 Bad Soden
Kontakt: Sabina Ihrig (Projektleitung)
Telefon: 06196 9511914
E-Mail: sabina.ihrig@dekanat-kronberg.de

Von der Alphabetisierung über die Vorbereitung auf den „Deutsch-Test für Zuwanderer (B1)“ bis hin zur Berufssprache werden Intensivkurse auf allen Niveaustufen in Bad Soden angeboten. Zusätzlich bietet der Unterricht von „Deine Chance“ grundlegendes Wissen zur Bewältigung des Alltags und zu den Grundwerten in Deutschland. Informationsveranstaltungen vertiefen das Verständnis über den Rechtsstaat, das politische System, das Bildungs- und Gesundheitswesen oder die Kontoführung. Beim Einstieg in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt werden die Geflüchteten durch Bewerbungstrainings unterstützt.

Um auch Eltern die Möglichkeit des Spracherwerbs zu eröffnen, wird am Vormittag im „Raum für Kinder“ Babysitting für Kinder unter 3 Jahren angeboten, die bisher keinen Platz in einer Krippe erhalten haben. Das Angebot wird insbesondere von jungen Müttern intensiv genutzt, sodass die Hälfte der Kursteilnehmenden mittlerweile Frauen sind. Sie profitieren nicht nur vom Sprachunterricht, sondern auch von den vielfältigen Informationsangeboten, die den Weg für eine Integration in die Gesellschaft ebnen. Die Entwick-

lung der Kinder wird ebenfalls frühzeitig durch eine deutschsprachige Betreuung und Raum zur spielerischen Entfaltung intensiv und nachhaltig gefördert.

Die Ergebnisse können sich sehen lassen. Mittlerweile haben mehr als 60 Teilnehmende den Deutsch-Test für Zuwanderer mit B1 erfolgreich an der VHS (Volkshochschule) in Hofheim abgelegt. Für die Geflüchteten folgt nun der direkte Einstieg in die Ausbildung oder Arbeit, oder sie sammeln durch Praktika Berufserfahrung und holen Schulabschlüsse nach.

Der Erfolg der sprachlichen, beruflichen und persönlichen Integration wird ermöglicht durch einen individuellen Kontakt zwischen Geflüchteten, Ehrenamtlichen und den Angestellten von „Deine Chance“. Ausflüge, regelmäßige Treffen und gemeinsame Freizeitaktivitäten bieten den Rahmen, um Vertrauen aufzubauen und Kontakte zu knüpfen; die Grundlage, um auch schwierige und persönliche Belange ansprechen zu können, wie Fragen zur Verhütung oder den Erwartungen von Kindergärten und Schulen. Insgesamt umfasst das Team „Deine Chance“ derzeit rund 35 Haupt- und Ehrenamtliche. Weitere Unterstützung ist stets willkommen! ■



Durch Arbeitsaufnahme in ein „normales“ Leben: Das Bewerber-Café im Dekanat Kronberg



2015 entstand die Idee, geflüchteten Menschen fachliche Unterstützung bei der Arbeits- oder Ausbildungsplatzsuche anzubieten. Denn die Erfahrung zeigt, dass viele Flüchtlinge ihren Tag sinnvoll gestalten, sich schnell integrieren und unabhängig von staatlichen Leistungen leben wollen.

von: Elke Lentz, Fachberatung für Flüchtlinge, Dekanat Kronberg
☞ elke.lentz@dekanat-kronberg.de

Gemeinsam mit dem Jugendmigrationsfachdienst und einem Sponsor, der die benötigten Notebooks zur Verfügung stellte, entstand das Bewerber-Café als Anlaufstelle rund um das Thema Arbeitssuche.

Auch heute, drei Jahre später, ist das Interesse der Geflüchteten, Arbeit zu finden, unverändert hoch. Ein Team aus Haupt- und Ehrenamtlichen berät, wie man als Asylbewerber*in, als anerkannter Flüchtling oder als Geduldete*r eine Arbeit bekommen kann, ob man eine Ausbildung machen darf oder welche Unterlagen man dazu braucht. In intensiven Gesprächen erläutern Flüchtlinge ihre Kenntnisse und Fähigkeiten aus dem Heimatland und erhalten Unterstützung im Umgang mit Arbeitgeber*innen.

Gleichzeitig bietet das Team auch interessierten Unternehmen Unterstützung an, wie z. B. bei Fragen zum Aufenthaltsstatus, den damit verbundenen Rechten, Pflichten und Verboten oder bei Anträgen.

Das Fachwissen des Teams im Bereich der Berufspädagogik, des Aufenthalts- und Sozialrechts ebenso wie die Kenntnisse über den Arbeitsmarkt in

Deutschland und die Ortskenntnis ist dabei von großem Vorteil.

Manchmal gelingt es sehr schnell, jemanden zu vermitteln. Da finden einfach die richtigen Personen zusammen, sei es, weil die Motivation des Bewerbers dem Chef gut gefällt, sei es, weil die praktische Berufserfahrung, die die Bewerberin im Heimatland erworben hat, den Praxisanforderungen im Betrieb entspricht.

Andere Male dauert es einige Monate, bis ein Vorstellungsgespräch zustande kommt. Und manchmal erkennen Teilnehmer*innen und Bewerber-Café-Mitarbeitende, dass ein direkter Einstieg in Arbeit nicht möglich ist. Dann wechselt die Unterstützung von der Stellensuche in die Kontaktaufnahme zur Agentur für Arbeit oder zum kommunalen Jobcenter.

Das Projekt zeigt gute Erfolge der Vermittlung in Arbeit und in Ausbildung (2018 ca. 350 Teilnehmer, 42 Vermittlungen). 2019 werden die ersten Azubis des Projekts ihre Abschlussprüfung zum Gesellen in ihrem Beruf machen. Außerdem konnte in einigen Fällen durch Arbeit oder Ausbildung der Aufenthalt gesichert werden. ■

KONTAKT: BEWERBER-CAFÉ

Bewerber-Café I = Stellensuche

Öffnungszeiten: Mittwoch 10–13 Uhr
Ort: JuZ-Jugendzentrum,
Mainzer Landstraße / Karl-Eckel-Weg
65795 Hattersheim am Main
Kontakt: Diakonin Elke Lentz
Telefon: 06190 9755493
E-Mail: elke.lentz@dekanat-kronberg.de

Bewerber-Café II = Lebenslauf Workshop

Ort: Diakonisches Werk Main-Taunus
Wilhelmstraße 19
65719 Hofheim am Taunus
Kontakt: Tim Kurth
Telefon: 06192 956386
Nächste Termine: 08.02.2019, 22.02.2019

KOORDINATION

Die Projekte „Deine Chance“ und „Bewerber-Café“ werden von **Manfred Oschkinat**, Referent für Gesellschaftliche Verantwortung im Dekanat Kronberg, koordiniert.



E-Mail: manfred.oschkinat@dekanat-kronberg.de



Woche der Nachhaltigkeit 2018



Ein Teil des Dekanats Biedenkopf-Gladenbach befindet sich mitten im Landkreis Marburg-Biedenkopf, der als einer der ersten Kreise ein Nachhaltigkeitskonzept entwickelt. Erklärtes Ziel ist es, bis zum Jahr 2050 bis zu 95 Prozent der Treibhausgase und 50 Prozent des Energieverbrauchs einzusparen. Deshalb wurden in den letzten Jahren viele Windräder gebaut. Streit kommt auf in unseren Dörfern, inwiefern diese die Landschaft verschandeln, überhaupt von Nutzen sind oder den Vogelflug stören.

von: Pfarrerin Katharina Stähler, Referentin für Gesellschaftliche Verantwortung des Dekanats Biedenkopf-Gladenbach
➔ katharina.staehler.dek.biedenkopf-gladenbach@ekhn-net.de



Kulturlandschaft im Landkreis Marburg-Biedenkopf

Ängste werden geweckt. Manchen gehen die Veränderungen zu schnell. Wie können wir als Kirche den Ängsten der Menschen begegnen? Was ist der Beitrag der Kirche zum Thema Nachhaltigkeit? Inwiefern kann noch über den biblischen Auftrag „Macht euch die Erde untertan“ gepredigt werden, angesichts von massivem Artensterben, Klimawandel und schwindenden Ressourcen? Und wo kann Kirche Orientierung und Heimat geben in einer Welt, die schnell neue Antworten finden muss zu all diesen Fragen?

Zunächst einmal sind fundierte Informationen gefragt. Und so kam es zur „Woche der Nachhaltigkeit“ mit Vortragsabenden und Diskussionen zu den Themen Entstehung und Nutzen einer Kultur-

landschaft, nachhaltiges Verhalten im Alltag, Bedeutung der Landwirtschaft im Kontext der Nachhaltigkeit und Auslegung des biblischen Auftrags „Macht euch die Erde untertan“.

Aber auch die Bedeutung des Waldes war Thema einer Veranstaltung. Warum spielt die Forstwirtschaft gerade für unsere Region eine besondere Rolle? Für Forstamtsleiter von Biedenkopf Dr. Lars Wagner ist das eine klare Sache, denn im Cluster Forst- und Holzwirtschaft, zu dem auch Sägewerke, Möbelindustrie und Papierwirtschaft gehören, seien in Deutschland 1,1 Millionen Menschen beschäftigt und damit mehr als in der Autoindustrie. Vom Cluster Forst und Holz hingen in ländlichen und strukturschwachen Regionen rund 25 Prozent der Arbeitsplätze ab.

Umso wichtiger sei nicht nur das Ausweisen von Waldschutzgebieten, sondern auch die nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder.

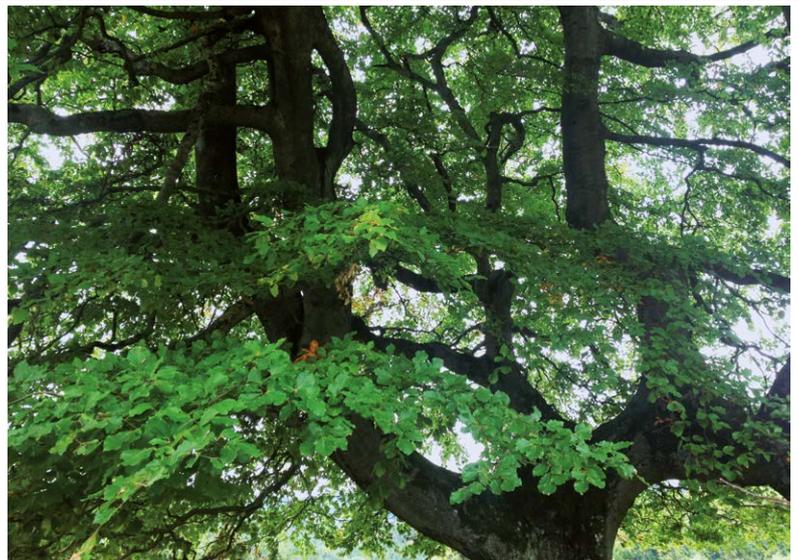
Den Abschluss der Woche bildete eine Exkursion zur „Strickshute“ von Frechenhausen. Heike Deringer, im Landkreis Marburg-Biedenkopf zuständig für die Betreuung der FFH-Gebiete (europäische Schutzgebiete, die dem Schutz von Pflanzen (Flora), Tieren (Fauna) und Lebensraumtypen (Habitaten) dienen), erklärte den Teilnehmenden, dass auf dieser Fläche früher täglich zwischen Mai und September bis zu 200 Rinder von Hirten aufgetrieben und abends wieder zurück in die Ställe geführt wurden. Dadurch entstand eine wertvolle Vegetation, die bemerkenswerte Pflanzen- und Tier-



„Strickshute“ von Frechenhausen

arten beherbergt. Besonderen Eindruck machten die mächtigen, ca. 250 bis 300 Jahre alten Hutebuchen. Sie wurden angepflanzt, um für das Vieh Buheckern als Futter zu produzieren. Die weiten Pflanzabstände führten zu dicken, kurzen Stämmen und breiten Kronen.

„Es ist eine der Hauptaufgaben von Kirche, Denkmuster zu ändern und neue Wege auszuprobieren, gerade auch im Bereich Nachhaltigkeit“, war das Fazit vieler regelmäßiger Teilnehmer*innen der Woche. Die Möglichkeit, sich zu informieren und über die Konsequenzen im täglichen Handeln zu diskutieren, soll deshalb auch in den kommenden Jahren in anderen Regionen unseres Dekanats in einer „Woche der Nachhaltigkeit“ angeboten werden. ■



250 bis 300 Jahre alte Hutebuche

Aktion „5000 Brote“

Mit einem festlichen Gottesdienst wurde am 30. September 2018 in der Evangelischen Lutherkirche Wiesbaden die Aktion „5000 Brote“ in den beiden hessischen Landeskirchen EKHN und EKKW durch Propst Oliver Albrecht eröffnet.

Konfirmantinnen und Konfirmanden der Luthergemeinde hatten gemeinsam mit

Pfarrerin Ursula Kuhn und Bäcker Kube von der Biobäckerei Kaiser in Mainz-Kastel am Vortag Roggenbrote und -brötchen gebacken. Für die Jugendlichen war es spannend, „mal eine Backstube von innen zu sehen und zu erleben, wie aus den verschiedenen Zutaten ein fertiges Brot entsteht.“ Zudem hat die Konfis



der Gedanke motiviert, dass sie durch ihre Aktion anderen Jugendlichen auf der Welt helfen. Durch den Einsatz vieler Kirchengemeinden und Bäckereien wurden im Jahr 2018 Jugendliche in Indien, El Salvador und Äthiopien unterstützt.

Die Aktion 5000 Brote wurde 2011 im Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der Ev. Kirche in Hessen und Nassau entwickelt und erstmals im Jahr 2012 gemeinsam mit der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck durchgeführt. Seit 2016 findet die Aktion alle zwei Jahre bundesweit statt. ■

„Gib mir was, was ich wählen kann“ Das Verhältnis von Langzeiterwerbslosen und Politik

Ein großer Prozentsatz der Langzeiterwerbslosen gehört zur Gruppe von Nichtwähler*innen. Warum dies so ist und ob sich Wählen aus Sicht von Erwerbslosen doch lohnt, diskutierten Erwerbslose zusammen mit Politiker*innen aller kandidierenden Parteien am 6. September 2018 in Erbach im Odenwald.

In einer Untersuchung der „Denkfabrik – Forum für Menschen am Rande, Sozialunternehmen NEUE ARBEIT gGmbH Stuttgart“ wurden langzeitarbeitslose Menschen dazu befragt, warum sie nicht zur Wahl gehen.

Forscher*innen der Studie mit dem Titel „Gib mir was, was ich wählen kann“ kamen zu dem Ergebnis, dass das Gefühl von massiver sozialer Ungerechtigkeit, die Angst vor dem Abstieg und der Ein- druck, „Bürger zweiter Klasse“ zu sein,

erwerbslose Menschen daran hindert, wählen zu gehen. Zusätzlich macht sich auch politische Resignation breit.

Ein weiteres interessantes Ergebnis der Untersuchung: „Menschen, die arbeitslos sind und es aufgegeben haben, zur Wahl zu gehen, sind „relativ leicht zurückzuholen, wenn sich die Politik ihnen zuwendet.“

Das deckt sich mit einer Befragung im Rahmen der Veranstaltung. Dort votierten die meisten Anwesenden auf die Frage, ob es sich für Erwerbslose lohne zu wählen, mit „Ja“.

Zur Diskussion haben eingeladen: Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN, Arbeitnehmer*innen und Betriebsseelsorge Südhessen des Bistums Mainz, Arbeitslosen-Treff „Kompass“ Erbach im Odenwald. ■



„Lohnt es sich, wählen zu gehen?“
Umfrage unter den Teilnehmenden der Veranstaltung.

Kirche und Gewerkschaften im Dialog

Einmal jährlich treffen sich in Südhessen die Dekaninnen, Dekane und Fachstelleninhaber*innen mit Verantwortlichen der Gewerkschaften zum Austausch.

Ziel ist es, aktuelle Entwicklungen aus dem Arbeitsleben aus unterschiedlichen Perspektiven wahrzunehmen.

Arbeitszeit spielt eine Rolle in den Tarifabschlüssen: Der Anfang des Jahres 2018 verabschiedete Tarifabschluss der IG Metall war Anlass, sich mit dem Thema Zeit auseinanderzusetzen. Er sieht neben Lohnzuwächsen eine Arbeitszeitreduzierung als Wahloption vor. Beschäftigte dürfen unter bestimmten Voraussetzungen ihre Arbeitszeit auf 28 Stunden reduzieren bzw. auf 40 Stunden aufstocken. Ferner gibt es die Wahl zwischen Lohnerhöhung und acht zusätzlichen freien Arbeitstagen.

Zeit und Tempo: Nicht die Zeit alleine, sondern auch das Tempo spielt eine wichtige Rolle. Die Technik erlaubt es uns heute, Arbeiten viel schneller zu erledigen. „Wir arbeiten schneller, dann sind wir auch schneller fertig, im doppelten



Sinn“, so Dekan Arno Allmann. Angesichts der Schnelligkeit des Lebens werden der bewusste Umgang mit der Zeit und das Nachdenken darüber, was einem wichtig ist im Leben, noch zentraler.

Gesellschaftliche Solidarität nötig: Viele Menschen haben nicht die Gestaltungsmöglichkeiten, selbst zu entscheiden, wie sie arbeiten. Daher sind auch heute noch Tarifabschlüsse wichtige Instrumente, um Schutzrechte und Freiräume für Beschäf-

tigte auszuhandeln. Doch leider arbeiten nur noch 45 Prozent aller Beschäftigten in einem tarifgebundenen Unternehmen. Daher ist es aus Sicht der Gewerkschaften wichtig, Forderungen mit weiteren Bündnispartner*innen in die politische Debatte einzubringen.

Auch in Rheinhessen finden Gespräche mit Gewerkschaftsvertreter*innen statt, im Frühjahr 2019 in Mainz zum Thema Umgang mit Rechtsradikalismus und Populismus. ■

Veränderung der Kirchenlandverpachtung in der EKHN

Seit Beginn des Jahres 2018 wurde die Praxis der Kirchenlandverpachtung in der EKHN verändert. Dazu wurde unter anderem der „Leitfaden zum Umgang mit landwirtschaftlichen Flächen und deren Verpachtung“ veröffentlicht. Darin befinden sich Erläuterungen zur ökologischen, ökonomischen und ideellen Bedeutung des Kirchenlandes, zum Vergabeverfahren, zur Findung der Pachtpreishöhe,

zu agrarökologischen Einschränkungen im Musterpachtvertrag, siehe: https://www.zgv.info/fileadmin/Daten/News_Downloads_2015/2018_02_22_Leitfaden_Agrar_web.pdf

In Kooperation mit verschiedenen kirchlichen Partnern wurden für Kirchenvorstände darüber hinaus sechs Seminare zum Thema angeboten. ■



„Keiner weiß, wohin die Reise geht.“ Arbeiten im Jahr 2030



Die Forumsteilnehmenden konnten sich mittels 3-D-Brillen und Computerprogramm in das Innere eines Rettungswagens begeben und einen Verletzten erstversorgen.



Einmal im Jahr lädt das ZGV Vertreter*innen aus Kirche, Wirtschaft und Gewerkschaften zum Forum Kirche, Wirtschaft, Arbeitswelt ein, um sich über ein aktuelles Thema auszutauschen. In diesem Jahr: Arbeiten 2030. Entdeckungsreise in die digitale Arbeitswelt.

In seiner Begrüßungsrede wies Oberkirchenrat Christian Schwindt, Leiter des Zentrums Gesellschaftliche Verantwortung, darauf hin, dass es gegenwärtig unterschiedlichste Zukunftsszenarien mit Blick auf die Auswirkungen der Digitalisierung der Arbeitswelt gäbe. Während die einen, ganz im Geiste des Nobelpreisträgers Robert Solow, riesige Produktivitätssteigerungen und viele neue Arbeitsplätze prophezeiten, riefen andere mit dem Soziologen und Ökonomen Jeremy Rifkin „das baldige Ende der Arbeit“ aus oder befürchten zumindest, wie auf dem Weltwirtschaftsforum 2016 in Davos, für Industrieländer in den kommenden fünf Jahren einen Jobverlust für mindestens fünf Millionen Menschen. Auch die Evangelische Kirche wisse natürlich noch nicht, so Schwindt, wie sich die digitale Zukunft in der Arbeitswelt im Detail entwickeln werde. Doch sie bringe sich in die Debatte um die Zukunft der Arbeit in einer zunehmend digitalisierten Gesellschaft ein, um diesen grundlegenden Prozess gesellschaftlicher, technischer Kulturgestaltung in ein Freiheit förderndes Verhältnis zu setzen, das

dem christlichen Verständnis der Würde des Menschen und seiner Verantwortung von Gott und den Menschen entspreche. Theologische Sozialethik argumentiere dabei weder gesinnungsethisch noch ideologisch, sondern lasse sich interdisziplinär auf Sachfragen ein und argumentiere begründet, indem sie ethische Kriterien benenne, um Menschen in ihrer Urteilsbildung zu stärken, damit auch ein zukünftiges Leben in Würde und Freiheit möglich sei.

Welf Schröter, Leiter des Forums Soziale Technikgestaltung des DGB Baden-Württemberg und Hauptreferent des Forums, räumte mit der Vorstellung auf, dass irgendjemand wissen könne, wie weit und in welche Richtung die Digitalisierung im Jahr 2030 fortgeschritten sein wird.

Wenn heute in Betrieben von Digitalisierung gesprochen würde, gehe es nach seiner Einschätzung um Systeme, die auf



Welf Schröter, DGB Baden-Württemberg

bereits vor über zehn Jahren entwickelten Technologien beruhen. Beispielsweise kamen die ersten Smartphones für Beschäftigte bereits im Jahr 1997 bei IBM zum Einsatz. Damit konnten Mitarbeiter erstmals standortunabhängig arbeiten, hatten Zugriff auf alle benötigten Dateien und waren immer erreichbar. Aus dieser Zeit stammten auch die ersten Tarifverträge zum mobilen Arbeiten. Für Welf Schröter ist daher vieles, was er an Digitalisierungsmaßnahmen in Unternehmen wahrnimmt, unter dem Stichwort „nachholende Digitalisierung“ zu fassen – und deren Risiken und Auswirkungen sind aufgrund der bereits gemachten Erkenntnisse weitestgehend bekannt.

Viel wichtiger sei es aus seiner Sicht, sich nicht mit „alten Zöpfen“ zu beschäftigen, sondern die Aufmerksamkeit auf die Entwicklungen zu lenken, die in den Forschungseinrichtungen stattfänden.

Dort arbeiten Mathematiker und Ingenieure an Systemen, die ohne den Menschen auskommen, Zusammenhänge erkennen können und von sich aus vorausschauend „denken“ und handeln sollen.

Bisher galt: Was von Menschen geschaffen wurde, kann auch von Menschen verändert werden. „Das wird für die zukünftigen digitalen Systeme nicht mehr gelten“, so Schröter.

Deshalb müsse jetzt über die Folgen solcher Technologien nachgedacht werden. Welche Veränderungen der wirtschaftlichen Prozesse, der Produktion, der Arbeitsabläufe könnten erwartet werden? Welche Auswirkungen könnte die neue Technik auf uns Menschen und unser Zusammenleben haben? Wenn Arbeiten und Leben überwiegend in der virtuellen Welt stattfände, Maschinen weite Bereiche unserer bisherigen Tätigkeiten übernehmen, wo gäbe es noch die Orte, um Zusammenhalt, Empathie und Sozialkompetenz zu erwerben? Dafür braucht es nach Ansicht Schröters Spielregeln, die öffentlich diskutiert werden müssten. Das dürfe nicht nur Mathematiker*innen und Ingenieur*innen überlassen werden. ■

Zu viel Monat am Ende vom Geld?

Wie kann man mit Hartz IV leben? Kann man mit dem Regelsatz SGB II nicht nur auskommen, sondern auch gut leben und genießen? Fragen, auf die viele Menschen täglich Antworten finden müssen. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Hinterm Horizont geht's weiter ...“ lud das Team der Ideenschmiede gegen Arbeitslosigkeit am 7. August 2018 ins Haus der Volksarbeit in Frankfurt zu einem Informationsabend ein. In einem leben-

Hartz-IV-Regelsatz 2018: 416 Euro

145,04 €	Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke
39,91 €	Freizeit, Unterhaltung, Kultur
37,20 €	Nachrichtenübermittlung
36,89 €	Wohnen, Energie, Wohninstandhaltung
36,45 €	Bekleidung, Schuhe
34,66 €	Verkehr
32,99 €	andere Waren und Dienstleistungen
25,64 €	Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände
15,80 €	Gesundheitspflege
10,35 €	Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen
1,06 €	Bildung

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

digen Austausch diskutierten die Teilnehmenden über Spartipps, Rechte auf Unterstützung und politische Strategien rund um den Regelsatz. Unterstützt wurden sie durch einen Vertreter der Erwerbsloseninitiative Hochtaunus, der das politische Zustandekommen des Regelsatzes sowie die Kritik daran erklärte. Und eine Budgetberaterin aus

Kronberg gab praktische Tipps für das Haushalten mit wenig Geld.

Veranstalter der Reihe: Katholische Erwachsenenbildung/Kirche für Arbeit in Frankfurt, Katholische Stadtkirchenarbeit Frankfurt, Evangelisches Stadtdekanat Frankfurt, Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN. ■

Lesetipp: Leben im Anthropozän

Im Herbst 2018 erschien der Band „Leben im Anthropozän – Christliche Perspektiven für eine Kultur der Nachhaltigkeit“ im Oekom-Verlag. Herausgegeben wurde der Band von der ehemaligen stellvertretenden Leiterin des ZGV Dr. Brigitte Bertelmann und Klaus Heidel von der Werkstatt Ökonomie in Heidelberg. Die Texte dokumentieren eine Tagung aus dem Frühjahr 2018 in

Wittenberg sowie weitere Aufsätze zur Frage nach dem Beitrag, den die christlichen Kirchen zu einer Kultur der Nachhaltigkeit leisten können. Tagung und Aufsatzband sind der Teil der Aktivitäten des Ökumenischen Prozesses Umkehr zum Leben, an dem sich die EKHN seit Gründung des Netzwerks beteiligt. Der Band ist im ZGV oder im Buchhandel zum Preis von 20 Euro erhältlich. ■



Herzlich Willkommen! ZGV begrüßt eine neue Mitarbeiterin und einen neuen Mitarbeiter



V.l.n.r.: Dr. Brigitte Bertelmann, Oberkirchenrat Christian Schwindt, H. Blöser, Matthias Blöser, Dr. Jennifer Achten-Gozdowski, Bianca Hahn, Ulrike Schwartz, Birgit Benhard, Annika Gramoll

Im Rahmen eines Gottesdienstes wurden Dr. Jennifer Achten-Gozdowski und Matthias Blöser im September 2018 in ihre Arbeit im Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung eingeführt.

Der Leiter des Zentrums, Oberkirchenrat Pfarrer Christian Schwindt, erinnerte in seiner Einführungspredigt daran, dass die Kirche qualifizierten Sachverstand brauche, um aktuell gesellschaftspolitisch dominierende Leitbilder, Zielsetzungen, Entwicklungstrends, aber auch Verwerfungen fachlich gut beurteilen zu können. Dabei gehe es nicht um parteipolitische Positionierungen, sondern aus

christlicher Verantwortung vor Gott und den Menschen für eine gesellschaftliche Entwicklung einzutreten, die sozial gerecht und ökologisch verträglich ist und dem sozialen Frieden diene. Ein guter Ratschlag sei dabei, so Schwindt, die biblischen Worte aus dem Buch Jesus Sirach zu beherzigen, die sich beide neuen Kollegen anlässlich ihre Einführung ausgewählt hatten: „Bleib bei deiner Einsicht, und steh zu deinem Wort. Sei bereit zu hören, und gib deine Antwort mit Bedacht. Verstehst du etwas von der Sache, so antworte deinem Nächsten, wenn nicht, so halte deinen Mund.“ (Jesus Sirach Kapitel 5)

Die promovierte Volkswirtin und Musikwissenschaftlerin Jennifer Achten-Gozdowski arbeitet als Referentin für Wirtschaft und Finanzpolitik und ist stellvertretende Leiterin des Zentrums.

Sie ist Nachfolgerin von Dr. Brigitte Bertelmann, die im Dezember 2017 in den Ruhestand verabschiedet wurde. Sie verfolgt den ökonomischen und sozialen Wandel in der Wirtschafts- und Finanzwelt vor dem Hintergrund der Nachhaltigkeit.

Ihre wirtschaftspolitischen Schwerpunkte sind dabei Fragen der Umverteilung und Generationengerechtigkeit, der Staatsverschuldung, der öffentlichen und privaten Güter sowie die Beziehung zwischen Staat und Bürger.

Der Politikwissenschaftler Matthias Blöser bearbeitet das Thema „Demokratische Kultur in der Gesellschaft stärken. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“. Im Rahmen eines sechsjährigen Projektes liegen seine Aufgaben in der fachlichen und strategischen Beratung der Kirchenleitungsgremien und der Evangelischen Dekanate und im Aufbau eines fachpolitischen Netzwerks in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Darüber hinaus organisiert er Veranstaltungen und ist als Referent tätig. Die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau hat die Projektstelle eingerichtet, um ihr Engagement gegen Rechtsextremismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu verstärken und öffentlich für eine demokratische und offene Gesellschaft einzutreten. ■

Veränderungen im ZGV



Seit April 2018 arbeitet die Volkswirtin **Dr. Jennifer Achten-Gozdowski** als Referentin für Wirtschaft und Finanzpolitik und als stellvertretende Leiterin im ZGV.



Die Geschäftsführerin **Petra Weller** ist am 31. Mai 2018 nach 14 Jahren aus dem ZGV ausgeschieden.



Neue Geschäftsführerin ist **Hanne Münch**, die die Geschäfte bisher kommissarisch geleitet hat.



Im Juni 2018 wurde **Daniela Fahrnbach**, die Geschäftsführerin der Netzwerke Familie und Leben im Alter der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau verabschiedet. Seit Juli 2018 werden die Netzwerke von Mike Breitbart, Mitarbeiter der Kirchenverwaltung, betreut.



Seit November 2018 arbeitet die Sozialpädagogin **Gisela Zwigart-Hayer** im Rahmen einer Elternzeitvertretung im Referat Arbeit & Soziales des ZGV.

BERUFUNGEN

Dr. Maren Heincke,

Beirat der Landeszentrale für
Umweltaufklärung Rheinland-Pfalz,
2018–2020



Matthias Blöser,

Bundesarbeitsgemeinschaft
Kirche und Rechtsextremismus,
Kompetenznetzwerk Demokratie
Leben! Rheinland-Pfalz,
BeratungsNetzwerk für
Demokratie gegen Rechts-
extremismus Hessen



Annika Gramoll,

Vorstandsmitglied in der AKJ –
Arbeitsgemeinschaft Kinder und
Jugend in der EKHN,
Mitglied im Ständigen Ausschuss
und stellvertretendes Mitglied
der Steuerungsgruppe der
Evangelischen Trägergruppe
für gesellschaftspolitische
Jugendbildung





**Zentrum Gesellschaftliche
Verantwortung der EKHN**
Albert-Schweitzer-Straße 113–115
55128 Mainz
Telefon: 06131 28744-0
Fax: 06131 28744-11

www.zgv.info

LEITUNG



**Oberkirchenrat
Pfarrer Christian Schwindt**
Telefon: 06131 28744-41
c.schwindt@zgv.info

STELLVERTRETENDE LEITUNG



Dr. Jennifer Achten-Gozdowski
Telefon: 06131 28744-44
j.achten-gozdowski@zgv.info

GESCHÄFTSFÜHRUNG



Hanne Münch
Telefon: 06131 28744-35
h.muench@zgv.info

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT



Margit Befurt
Referentin für Öffentlichkeitsarbeit
Telefon: 06131 28744-42
m.befurt@zgv.info



Annette Schwinn
Sachbearbeitung
Telefon: 06131 28744-43
a.schwinn@zgv.info

**RAUMVERMIETUNG &
VERANSTALTUNGSBETREUUNG**



Silvia Zerfaß
Hauswirtschaft
Telefon: 06131 28744-34
s.zerfass@zgv.info



Sylvia Krause
Hauswirtschaft

SEKRETARIATE



Birgit Benhard
Telefon: 06131 28744-46
b.benhard@zgv.info



Bianca Hahn
Telefon: 06131 28744-10
b.hahn@zgv.info



Petra Böhme
Telefon: 06131 28744-33
p.boehme@zgv.info



Ulrike Schwartz
Telefon: 06131 28744-54
u.schwartz@zgv.info



Ilona Färber
Telefon: 06131 28744-31
i.farber@zgv.info



Julia Unser
Telefon: 06131 28744-32
j.unser@zgv.info

WIRTSCHAFT & FINANZPOLITIK



Dr. Jennifer Achten-Gozdowski
Telefon: 06131 28744-44
j.achten-gozdowski@zgv.info



Pfarrer Dr. Ralf Stroh
Telefon: 06131 28744-56
r.stroh@zgv.info

ARBEIT & SOZIALES



Heike Miehe
Telefon: 06131 28744-45
h.miehe@zgv.info



Marion Schick
Telefon: 06131 28744-51
m.schick@zgv.info



Dr. Julia Dinkel
Telefon: 06131 28744-55
j.dinkel@zgv.info



Gisela Zwigart-Hayer
Telefon: 06131 28744-36
g.zwigart-hayer@zgv.info

UMWELT & DIGITALE WELT



Pfarrer Dr. Hubert Meisinger
Telefon: 06131 28744-50
h.meisinger@zgv.info



Michael Grunewald
Telefon: 06131 28744-48
m.grunewald@zgv.info



Kathrin Saudhof
Klimaschutzmanagerin
Telefon: 06131 28744-52
k.saudhof@zgv.info

LÄNDLICHER RAUM



Dr. Maren Heincke
Telefon: 06131 28744-47
m.heincke@zgv.info

JUGENDPOLITISCHE BILDUNG



Annika Gramoll
Telefon: 06131 28744-49
a.gramoll@zgv.info

PROJEKT „DEMOKRATIE STÄRKEN“



Matthias Blöser
Telefon: 06131 28744-60
m.bloeser@zgv.info

MITARBEIT IN EKD-GREMIEN

Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt in der EKD

Beauftragter für die Bundesallianz für den freien Sonntag:
Pfarrer Dr. Ralf Stroh

Mitglied im Ausschuss Erwerbslosigkeit, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik:
Marion Schick

Mitglied im Ausschuss Arbeit und Technik:
Heike Miehe

Mitglied im Ausschuss Entwicklung in Europa:
Dr. Julia Dinkel

Kammer für nachhaltige Entwicklung des Rates der EKD

Dr. Maren Heincke

Theologischer Ausschuss der Union Ev. Kirchen (UEK)

Pfarrer Dr. Ralf Stroh

IMPRESSUM

Verantwortlich:

Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKH
Oberkirchenrat Pfarrer Christian Schwindt
Albert-Schweitzer-Straße 113-115
55128 Mainz

Redaktion:

Margit Befurt,
Dr. Jennifer Achten-Gozdowski,
Christian Schwindt

Gestaltung:

Holger Giebeler,
magascreen.com

Korrektorat:

Dr. Angelika Fallert-Müller

Druck:

Lautertal-Druck,
lautertal-druck.de

Auflage: 800

Bildnachweis mit Seitenangabe

01: OREG, Pixabay geraltCCO,
security-2168234_1920CCO,
Bits and Splits/stock.adobe.com
juefraphoto/stock.adobe.com
Romolo Tavani/stock.adobe.com
roibu/stock.adobe.com
04: Franz Fender,
Romolo Tavani/stock.adobe.com
6/7: Gobasil, M. Reinel
08: M. Mohr
09/10: V. Rahn
11: juefraphoto/stock.adobe.com
12: G. Mester

13: Lothar Drechsel/stock.adobe.com
14/15: OREG,
fotoak80/stock.adobe.com
17: S. Allmenröder
18: ra2 studio/stock.adobe.com
19: Production Perig/stock.adobe.com
20/21: Bits and Splits/stock.adobe.com
21: Thaut Images/stock.adobe.com
22: Marco2811/stock.adobe.com
22: Ralf Geithe/stock.adobe.com
23: K. Kordesch
24/25: Pixabay geraltCCO,
security-2168234_1920CCO,
digitization-1599552_1920

26: Wiski/stock.adobe.com
27: G. Mester
28: B. Specht, G. Apitzsch
29: A. Stender, N. Leipold
30: H. Förster
31: Jugendwerkstatt Gießen
32: O. Schiebener, N. Hechler
33: O. Schiebener, N. Hechler, Bewerbercafé
34: K. Schmidt, K. Kordesch, K. Stähler
35: K. Stähler
36: U. Kuhn
37: ExQuisine/stock.adobe.com

Alle übrigen: ZGV

UNSER ZIEL:

**Eine sozial gerechte und ökologisch
verträgliche gesellschaftliche Entwicklung.
Aus christlicher Verantwortung vor Gott
und den Menschen.**



Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN

Albert-Schweitzer-Straße 113–115

55128 Mainz

Telefon: 06131 28744-0

www.zgv.info



EIN ZENTRUM DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN HESSEN UND NASSAU